

heute bereits auf Zypern usw. veranstalten. Vor allem muß aber auch gesehen werden: Mit dem Ankauf von Abfangjägern, mit der geplanten Raketenrüstung des Bundesheers, mit der Heeresreform, die auf eine gestei- gerte Kriegsmobilisierung abzielt, mit der immer stär- keren Eingliederung des sogenannten Zivildienstes in den Kriegsdienst und anderen Maßnahmen der Militarisie- rung bereitet sich die österreichische Bourgeoisie zielstrebig darauf vor, in einem künftigen imperiali- stischen Raubkrieg ihren Macht- und Einflußbereich nicht nur zu verteidigen, sondern auch auszudehnen.

Die Österreichischen Imperialisten haben ihre alten "Ansprüche" niemals aufgegeben, und gerade in letzter Zeit wird das großösterreichische Gehebe demonstrativ zur Schau gestellt. Mit dem Projekt einer "österrei- chisch-ungarischen Weltausstellung" wird "der große Geist der gemeinsamen Vergangenheit" beschworen, im Wetterbericht des ORF wird Südtirol seit einiger Zeit wie ein Stück von Österreich behandelt.

Klar ist Österreich keine große imperialistische Macht, aber es darf auch nicht übersehen werden, daß sich die Machthaber Österreichs immer stärker an die EG und NATO anlehnen und sich insbesondere aus der immer enge- ren "Zusammenarbeit" mit dem westdeutschen Imperialis- mus Schützenhilfe für ihre eigenen Bestrebungen ver- sprechen, wofür sie die verstärkte Abhängigkeit ihrer- seits von dieser Großmacht durchaus in Kauf nehmen. Und zugleich nutzen sie die sich verschärfenden Wider- sprüche zwischen den imperialistischen Großmächten "geschickt" zu ihren Gunsten aus und verzichten auch nicht auf ihre "vorteilhaften Beziehungen" zum revisionistisch-kapitalistischen Block unter Führung der russischen Sozialimperialisten.

Das alles sind unserer Meinung nach wesentliche Hin- tergründe der Draken-Stationierung, die zeigen, daß es beim Widerstand und Kampf dagegen um viel mehr geht als unerträgliche Lärmbelästigung. Die Rück- sichtslosigkeit der österreichischen Militaristen gegenüber der Bevölkerung muß in Wirklichkeit vor diesen Hintergründen verstanden werden.

WIE UND MIT WELCHER PERSPEKTIVE DEN KAMPF GEGEN DIE ABFANGJÄGER FÜHREN ?

Die Verbotsmaßnahmen gegen die Anti-Draken-Proteste werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die "Demokra- tie", die in diesem Land herrscht: Die Mächtigen sind momentan zwar noch so "gnädig", gewisse Unmutsäußerun- gen zu tolerieren, aber nur solange das ohne ernst- hafte Konsequenzen bleibt.

Aus diesem Grund will die bis an die Zähne bewaffnete herrschende Klasse die Unterdrückten unbedingt auf die Devise verpflichten: "Um Gottes Willen keine Gewalt !"

Die Erfahrungen der Hainburger Au zeigen, daß mit die- sem Geschrei jeder effektive Widerstand, jedes wirksa- me Eintreten für gerechte Anliegen und Forderungen

niedergemacht werden soll. Damals bezeichnete Blecha den Polizei-Knüppelinsatz für notwendig, weil "die andere Seite" zum "aktiven Widerstand" übergegangen sei (Kurier, 18.12.1984). Der damalige Bundeskanzler erklärte zum betont pazifistischen Protest in Hain- burg, "der Widerstand der Aubesetzer ist kein gewalt- loser", sondern das seien "Gewaltmaßnahmen" gewesen (AZ, 19.12.1984). - Und was als "Gewalt" anzusehen sei, das bestimmen die Herrschenden immer noch selbst, nämlich genau so wie es ihnen in den Kram paßt.

Die Erpressungsmanöver der kapitalistischen Machtha- ber in der "Gewaltfrage" dienen der Spaltung des Wi- derstands und müssen energisch bekämpft werden ! Die Frage der geeigneten Kampfschritte und -mittel müssen die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte im Interesse der Vorwärtsentwicklung ihrer Bewegung selbst entscheiden - und nicht gemäß den vom Staat aufgezwungenen "Regeln", die dieser selbst jederzeit durchbricht und über Bord wirft, wenn das die Inter- essen des Kapitals erfordern (denkt an 1933 und '34 !).

Vor allem ist aber die Klarstellung entscheidend, daß es offenbar zwei diametral entgegengesetzte Arten der Gewalt gibt: die reaktionäre Gewalt und die revolutio- näre Gewalt. Wer verlangt, daß reaktionäre Gewalt nur mit "Gewaltlosigkeit" beantwortet werden dürfe, wer den Opfern der reaktionären Gewalt das Recht und die Pflicht auf Organisation der revolutionären Gewalt verweigert, hilft damit - ob das nun beabsichtigt ist oder nicht - der reaktionären Gewalt, hilft damit dem Kapital, nicht nur seine von katastrophalen Folgen begleitete Herrschaft aufrechtzuerhalten, sondern überhaupt weitgehend alles durchziehen zu können, wonach es ihm gelüftet.

Es ist wichtig, sich über diese Fragen Klarheit zu ver- schaffen. Auch wenn Erfolge im Kampf gegen die Statio- nierung von Abfangjägern erzielt werden können, ist die Frage des dringend nötigen Auftretens gegen Kriegs- politik und Militarismus nicht vom Tisch. Die Hoffnung auf weltweite "allgemeine Abrüstung" und das Starren auf Verhandlungen zwischen den Führern der imperiali- stischen Großmächte in Ost und West sind vergeblich. Denn es gibt keinen friedlichen Imperialismus. Deshalb muß über den aktuellen Kampf hinaus die Diskussion da- rüber geführt werden, wie wir mit einer "Ordnung" fer- tig werden können, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und nicht nur soziales Elend, Arbeitslosigkeit und andere Übel verursacht, sondern aus sich heraus immer wieder zum Krieg treibt.

Für die Perspektive des antimilitaristischen Kampfes ist die Aufgabe entscheidend, den gesamten bürgerli- chen Staatsapparat - eben auch die Armee - zu zerschla- gen. Nur die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeu- tung, der Aufbau einer echten sozialistischen Gesell- schaft, in der das bewaffnete Proletariat die Macht ausübt, kann den Kriegstreibern das Handwerk legen und eröffnet die Möglichkeit, im Kommunismus schließ- lich die letzten Waffen zum alten Eisen zu werfen.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 232

Ausgabe September 1988

S 18,-

Zu den Ereignissen um die Ägidigasse in Wien:

ALARMIERENDE VERSCHÄRFUNG DER POLIZEISTAATSPRAKTIKEN

In den letzten Monaten hat sich ei- ne wachsende Zahl äußerst alarmie- render Tatsachen angehäuft, aus de- nen hervorgeht, daß sich der öster- reichische Staat immer häufiger des Mittels polizeilicher und gericht- licher Repressalien gegen fort- schrittliche, antifaschistische und revolutionäre Kräfte bedient, sich immer stärker in der Richtung eines Polizeistaates mit faschistoiden Zügen entwickelt und sich intensiv auf Formen des "Einsatzes" und der "Bewährung" vorbereitet, die bür- gerkriegsmäßigen Charakter haben.

Den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung stellt eindeutig der Polizeisturm auf die zwei Häuser in der Ägidi- und Spalovskigasse in Wien war.

Die diesbezüglichen Fakten sind wohl weithin bekannt, aber erst wenn sie in ihrer Gesamtheit und raschen Aufeinanderfolge betrach- tet werden, wird ganz klar, daß es sich um einen charakteristischen Prozeß handelt, der systematisch vorangetrieben wird.

Aus dem Inhalt

WELCHEN ORGANISATIONSTYPUS BRAUCHEN WIR IM KAMPF GEGEN DIE VERSCHÄRFUNG DER POLIZEISTAATSPRAKTIKEN ?	13
Zur Auseinandersetzung um die Per- spektiven von Hausbesetzungen: SICH AUF DEN KAMPF IN DEN BETRIEBEN ORIENTIEREN !	20
FRIEDRICH ENGELS: ZUR WOHNUNGSFRAGE	23
ZUM PROZESS GEGEN GENOSSEN WALTER HOFMANN, VERANTWORTLICHER REDAKTEUR VON "GEGEN DIE STRÖMUNG"	25
ÖSTERREICHISCHE SOLDATEN - RAUS AUS ANDEREN LÄNDERN !	27
Unsere LESER haben das Wort: Zu einer Kritik an der MLPÖ betref- fend: BEKÄMPFUNG DES ÖSTERREICHISCHEN MILITÄRISCHEN EXPANSIONISMUS	33
Vom antiimperialistischen Kampf: POLIZEISTAATSPRAKTIKEN UND MILITARI- SIERUNG AM BEISPIEL DER ANTI-ABFANG- JÄGER-DEMONSTRATION IN GRAZ	34
Impressum	36

WÄHREND FASCHISTEN GEHÄTSCHELT WERDEN...

Seit die ersten neofaschistischen Organisationen in Österreich nach 1945 wieder aufgetaucht sind, angefangen von den "Kameradschaftsbünden" und dem "VdU" bis zur heutigen NDP, betrachtet es die österreichische Polizei als ihre vornehmste Pflicht, die Tätigkeit dieser Neofaschisten gegenüber den Protest- und Abwehraktionen der fortschrittlichen Bevölkerung abzusichern und zu beschützen. Wiederholt ist es in diesem Zusammenhang zu rücksichtslosen Prügelattacken der Polizei gegen antifaschistische Demonstranten gekommen, nicht selten sogar zu vereinten Aktionen von Faschistenbanden und Polizei. Diese Ereignisse führten schließlich dazu, daß der Antifaschist Genosse Kirchweg buchstäblich unter den Augen der Polizei von Faschisten ermordet wurde. Der nazistische Totschläger Kümel wurde zu der lächerlichen "Strafe" von 10 Monaten Arrest verurteilt. Das Gericht hatte dem faschistischen Schläger ausdrücklich "Notwehr" zugebilligt und ihn nicht wegen Totschlags, sondern nur wegen Überschreitung der Notwehr bestraft!

Zuletzt bei der Solidaritätsdemonstration für die Verhafteten der Ägidigasse am 19.8.1988 war es wieder so: Faschistische "Skins" provozierten aus der "Deckung" des massiven Polizeiaufgebots heraus am Rande der Demonstration und

* Kein Zufall ist auch, daß Angehörige der Exekutive nicht selten Mitglieder neofaschistischer Organisationen sind. Z.B. wurden bei einer der äußerst seltenen Aktionen gegen nazistische Organisationen, die als "Waffennarren" verniedlicht und beschönigt werden, Waffenlager und Hakenkreuzembleme u.a. bei einem Gendarmen, zwei Bundesheerangehörigen und einem Angestellten der Heeresverwaltung gefunden. (Vgl. "Kurier", 21.3.1987 und RF 227, S.29/30). In Niederösterreich kandidiert zu den Landtagswahlen im Oktober 1988 die nazistische Liste "Ein Herz für Inländer". Deren Spitzenkandidat ist der Revierinspektor im Landesgendarmeriekommando Niederösterreich, B. Blochberger. (Siehe "profil", Nr.36/1988, S.16).

konnten nur durch die entschlossene Haltung der Demonstrantinnen und Demonstranten, die diesmal von keinen revisionistischen "Ordnern" zurückgehalten wurden, weil solche nicht da waren, zum Rückzug gebracht werden.

Bezeichnend ist auch: Als Ende März 1988 "Skins"-Nazis in Straßen- und U-Bahnen in Wien einen Ägypter und einen Tunesier zusammenschlugen, wurde von der herbeigerufenen Polizei kein einziger festgenommen. Dies wiederholte sich in kurzer Zeit noch zweimal, und sogar unter Beteiligung stets des selben Schlägers, doch Polizei und Justiz sahen "keinen Haftgrund" (vgl. "Kurier", 30.4.88).

Die Solidarisierung des österreichischen Staates und seiner Behörden mit faschistischen Elementen des In- und Auslandes bestätigte sich dutzende Male auch in ihrer unverschämten Protektion für faschistische Terroristen und Bombenwerfer vom Schlage der Norbert Burger und Co. Sie gipfelte in der "Heimholung" des faschistischen Massenmörders Reder und der Nichtanklage von Bartesch. Die zugegebene Ermordung eines Kommunisten im KZ Mauthausen während des 2. Weltkriegs wird vom österreichischen Staat nicht als Verbrechen angesehen.*

...UNVERSCHÄMTER STAATSTERRORISMUS GEGEN ANTIFASCHISTEN, DEMOKRATEN UND REVOLUTIONÄRE

Grundlegend anders ist das Verhalten der österreichischen Behörden zu antifaschistischen, demokratischen und revolutionären Kräften.

Im Sommer 1985 wurde Evelin Reintaler mehr als 4 Monate in "Untersuchungshaft" gesperrt, weil bei einer Demonstration angeblich etwas Farbe auf ein Auto gekommen sei. Eine Begründung: Sie gehöre "offensichtlich einem Kreis an, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit demonstriert".

Christian U. wurde noch vor der Anti-Opernball-Demonstration sozusagen präventiv verhaftet und

Fortsetzung auf S.5

DIE RÄUMUNG DER ÄGIDI/SPALOVSKIGASSE - BÜRGERKRIEGSSZENEN IN ÖSTERREICH 1988

Infolge der Proteste nach der Räumung des Jugendzentrums Gassergasse 1983 sah sich die Gemeinde Wien genötigt, einen Teil der Leute mit Wohnungen in dem vom Abriß bedrohten Althaus Ägidigasse 13 abzuspeisen. Stadtrat Edlinger hatte bei Einzug der ersten Bewohnerinnen und Bewohner erklärt, daß die Häuser nicht abgerissen werden würden. Doch die Leute bekamen niemals abgesicherte Mietverträge und im Herbst 1985 begann eine wüste Medienkampagne für den Abriß. Die Häuser, welche sich die Bewohnerinnen und Bewohner herrichteten, wurden behördlich demoliert (Abschlagen des Fassadenverputzes) und es kam zu andauernden Schikanierungen durch die Polizei und Behörden, begleitet von Nazi-Oberfällen, die als "Argumente" gegen die Hausgemeinschaften ins Feld geführt wurden!

Nach wiederholten Androhungen kam es schließlich am 11./12. August 1988 zu der lange vorbereiteten und großangelegten Räumungsaktion, die tatsächlich nur als polizeistaatliches Bürgerkriegsmanöver bezeichnet werden kann. Schon seit Jahren werden Polizeieinheiten und Spezialabteilungen wie die "Cobra" auf "Häuserkampf" und dergleichen trainiert - Hier durften sie sich nun praktisch "bewähren"!

Am 11.8. fährt ein Polizeigroßaufgebot vor den Häusern auf, Autos werden weggeschafft und alles bereit gemacht für die Räumung des Hauses Spalovskigasse 3. Auch Bewohnerinnen und Bewohner der näheren Umgebung wird der Zugang zu ihren Häusern untersagt. Die Polizei kontrolliert unzählige "Verdächtige" auf der Straße. Dann wird der symbolische Widerstand der Bewohnerinnen und Bewohner, die nicht bereit sind, sich einfach auf die Straße werfen zu lassen, brutal niedergemacht! Die Fenster werden mit Tränengasgranaten nur so bombardiert, das Hausinnere mit Spritzen teilweise knietief unter Wasser gesetzt. Die Feuerwehrgewerkschaft und der Betriebsrat hatten sich allerdings geweigert, zu spritzen. Zilk persönlich drohte ihnen die Streichung von Sondergeldern an. Aufgrund eines Notstandsparagraphen aus dem Jahr 1933, der die Zusammenarbeit der Magistrate erzwingt, mußten die Geräte der Polizei ausgeliefert werden, die selbst damit spritzte.

Bezeichnend für den Zweck des Polizeiangriffes ist auch; Das Heeresnachrichtenamt hat ein eigenes Filmteam entsandt, das einen Lehrfilm über die Bekämpfung sozialer "Unruheherde" zusammenstellen soll!

Am 12.8. kommt es noch ärger. Die Staatsan-



waltschaft stellte einen "Hausdurchsuchungsbefehl" für das an die Spalovskigasse 3 angrenzende Haus Ägidigasse 13 aus. Angeblich geschieht das, um die dorthin geflüchteten Leute aus der Spalovskigasse festnehmen zu können. Das ist jedoch ein fadenscheiniger Vorwand. Denn die Leute, die am Vortag in der Spalovskigasse waren, hatten die Möglichkeit gehabt, bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. August das Haus Ägidigasse 13 unbehelligt zu verlassen. Dies war der Polizei und dem Journalrichter genau bekannt, weil das Gebäude rund um die Uhr observiert wurde.

Um 5 Uhr morgens am 12. August kamen dann "die Herren des Morgengrauens". Das Haus Ägidigasse 13 wird hermetisch abgesperrt. Eine Hundertschaft "Cobra" marschiert auf. Alles ist bereitgestellt, Arrestantenwagen, Bleiwesten, Plastikschilder, Gasmasken, Brecheisen - und eine Planierdrau mit einem grün Uniformierten am Steuerknüppel. Kurz nach 6 Uhr früh werden vor dem Haus bereits 8 Verhaftungen vorgenommen. Dann beginnt die "Hausdurchsuchung". Die Hausgemeinschaft hatte öffentlich erklärt, bei einer Räumung keinen Widerstand zu leisten. Das blieb jedoch ohne jeden Einfluß auf das Vorgehen der Staatsorgane. Mit dem Bulldozer wird die Hauswand beim Portal so heftig gerammt, daß die Mauern zerbersten. Zwischendecken stürzen ein. Unter Wasserwerferschutz "erobert" die Polizei das Haus. Auf einer Baggerschaufel werden "Cobras" in den 1. Stock gehievt, nachdem sie mit Preßluftschlämmern und Schneidbrennern nicht weitergekommen waren. Die Hausgemeinschaft ahnt, daß angesichts der entfesselten grünen Horden Furcht-

Fortsetzung auf S.4

- Fortsetzung von S.3

bares passieren kann, die durch Gerüchte "scharf" gemacht wurden, daß sich im Haus "Stromfallen" befänden. Die Hausgemeinschaft hißt eine weiße Fahne aus dem 2.Stock. Von den dort angelangten Polizisten werden die Bewohnerinnen und Bewohner brutal die Treppen hinuntergeprügelt und mißhandelt. Als aus dem Haus Rufe erschallen "Es gibt Verletzte !", gibt der Einsatzleiter Befehl "Schaltet den Bagger lauter und fahrt ein bißchen hin und her". Die Verletzten werden nicht in Rettungswagen, sondern in Arrestantenwagen abtransportiert. Im Gefängnis gehen die Mißhandlungen der 66 Verhafteten weiter. Polizei und Justiz verhängen eine absolute Informationssperre. Telefonate, auch mit Anwälten, werden den Verhafteten entgegen den rechtlichen Bestimmungen nicht gestattet.

Die grünen Knüppelgarden verwüsteten das "eroberte" Haus sofort völlig. Das persönliche Eigentum der "Hausdurchsuchten" wurde zerstört oder aus dem Fenster geworfen. Was übrig blieb davon, wurde zur Beute von Altwarenhändlern, während Bekannten der Verhafteten und selbst Anwälten der Zutritt zum Haus verwehrt blieb. So feierten die "Hüter unserer Eigentumsordnung" eine wahre Orgie der Zerstörung von persönlichem Eigentum und halfen skrupellosen Geschäftemachern beim Diebstahl desselben.

Sogar am Abend des 11. August gab der Wohnbaustadtrat Edlinger im Wiener Lokalprogramm die Versicherung ab, daß die Agidigasse nicht geräumt würde. Dies erwies sich als Lüge und reines Betrugsmanöver. Die "Hausdurchsuchung" endete nicht nur in der weitgehenden Demolierung des Hauses, sondern sofort wurde grünes

Licht für dessen Abriß gegeben.

Gewiß, bei der Räumung der zwei Häuser wurde nicht mit scharfer Munition geschossen, sondern "nur" mit Tränengas und Wasser. Es gab auch keine Toten, sondern "nur" Verletzte - und dennoch: Das Vorgehen der Polizei, die ganze Szenerie, die Anklage des "Landfriedensbruchs", alles das erinnerte fatal an den letzten derartigen "Sturm" auf Gemeindebauten in Wien (abgesehen vom Zweiten Weltkrieg), an den Februar 1934. Auch in den Gesichtern der zusehenden Politiker und der Polizisten war die selbe triumphierende Miene von "Siegen" zu erkennen, die voller reaktionärem Haß und konterrevolutionärer Süffisanz mit den "Aufrührern" abrechnen.

Selbstverständlich kann die Gesamtsituation damals und heute nicht gleichgesetzt werden, gibt es große Unterschiede - einer davon ist, daß im Februar 1934 der damalige sozialdemokratische Parteivorstand Hals über Kopf nach Prag flüchtete, während die SP-Führer heute selbst die Einsatzbefehle geben. Ein wichtiger Unterschied ist natürlich, daß sich die Angegriffenen im Februar 1934 bewaffnet, wenn auch defensiv zur Wehr setzten, während hier praktisch kein Widerstand geleistet wurde. Aber dem Wesen nach - was die "Ordnungshüter, die bürgerliche Staatsmaschine betrifft - besteht kein Unterschied. Dies zeigt sich nur deshalb noch nicht so deutlich, weil es die Herrschenden gegenwärtig noch nicht nötig haben, auf breiter Front mit derartigen terroristischen Methoden gegen die Arbeiterschaft vorzugehen und noch keine Kanonen auffahren lassen.

STUDIERT UND DISKUTIERT:

GEGEN DIE KONTERREVOLUTIONÄREN "LEHREN" DER
BOURGEOISIE UND MODERNEN REVISIONISTEN (11):

Die Erfahrungen des bewaffneten Kampfes vom Februar 1934 studieren!

DIE WAFFE DER KRITIK KANN DIE KRITIK
DER WAFFEN NICHT ERSETZEN KARL MARX

- ★ DREI WICHTIGE ARTIKEL AUS DEM JAHR 1934
ÜBER DEN BEWAFFNETEN KAMPF DER ÖSTERREI-
CHISCHEN ARBEITER
- ★ DIE AKTUALITÄT DER LEHRE DES BEWAFFNETEN
KAMPFES VOM FEBRUAR 1934
(VORWORT DES IMLPO)

MLPÖ

GEGEN DIE KONTERREVOLUTIONÄREN "LEHREN" DER
BOURGEOISIE UND DER MODEREN REVISIONISTEN:

REVOLUTIONÄRE LEHREN
DES 12. FEBRUAR 1934

Nein, nicht der bewaffnete Kampf der österreichischen Arbeiterklasse war ein Fehler. Der Fehler bestand darin, daß dieser Kampf nicht organisiert war und nicht auf revolutionäre, bolschewistische Weise geführt wurde.

GEORGI DIMITROFF

- ★ "AUS DER VERGANGENHEIT FÜR DIE ZUKUNFT
LERNEN I"
(AUS "ROTE FAHNE" DER HLPD NR.149)
- ★ "BRIEF AN DIE ÖSTERREICHISCHEN ARBEITER
(VON GEORGI DIMITROFF)

Rote Fahne

ZENTRALISCHEN DER WERKSCHULEN-LEHRMISTERSCHULEN PARTIER OSTBAYERN
Bismarckstr. 10
2. Ausgabe 1944

50 Jahre danach – wieder **Militär im Karl-Marx-Hof**

[illegible][illegible]

Fortsetzung von S.2

über 2 Monate in Haft gehalten,
obwohl er niemandem auch nur ein
Haar gekrümmt hatte.

Peter Margulies wurde im April dieses Jahres wegen der Lappalie einer Spray-Aktion vor drei Jahren zu 8 1/2 Monaten Gefängnis unbedingrt verurteilt - und zwar mit der ausdrücklichen Begründung: "aus spezialpräventiven Gründen im Hinblick auf sein Umfeld" !

Immer deutlicher zeigt sich das Bestreben, die aus der Zeit des Faschismus stammende berüchtigte politische "Vorbeugehaft" wieder einzuführen, da die "negative Einstellung" des Angeklagten zum bürgerlichen Recht und Gesetz und politische Überzeugung und Aktivität ausdrücklich zur Begründung von Untersuchungshaft und Verurteilung angeführt werden.

Und bei der Massenverhaftung der 66 Leute vor und im Haus Ägidigasse wurde schließlich zum ersten Mal seit 1955 der Landfriedensbruch-Paragraf angeführt, der die "Zusammenrottung einer Menschenmenge" unter Anklage stellt und es erlauben soll, fortschrittliche Menschen ohne Nachweis eigener "Delikte" zu kriminalisieren. Das entspricht dem im Zuge der zunehmenden Faschisierung in Westdeutschland eingeführten § 130 a !

SYSTEMATISCHE DURCHLÖCHERUNG DER
BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHEN SCHALE

Mit der Verschärfung der Polizeimethoden gegen fortschrittliche und revolutionäre politische Kräfte wächst die Tendenz von Polizei und Justiz, sich auch über die gesetzlichen Rechte und Freiheiten hinwegzusetzen, die der bürgerliche Staat feierlich verkündet hat und derer er sich so gerne rühmt. Es wird noch deutlicher, daß das "Rechte" und "Freiheiten" auf jederzeitigen Widerruf sind, ein Luxus sozusagen, den sich der kapitalistische Staat nur dort und dann, nur insoferne und so lange leistet, als ihm das nützlich erscheint. Gewiß hat das Volk in einer bürgerlichen Demokratie gewisse "Rechte" und "Freiheiten" - aber nur solange, als es keinen wesentlichen Gebrauch davon macht. Tut es das oder schickt es sich auch nur an, das zu tun, hagelt es auch schon alle möglichen Einschränkungen dieser Rechte und bereitet man ihre gänzliche Aufhebung mit Hilfe des staatlichen Machtapparates vor. Beispiele dafür gibt es schon heute mehr als genug.

Am 3. Mai 1985 wurde von der Bundespolizeidirektion Wien in der "Be-



Am 19.8.1988 fand in Wien eine kämpferische Solidaritätsdemonstration von annähernd 1000 Menschen statt. Auf dem Bild die Zwischenkundgebung vor dem Landesgericht II. Die meisten der 66 Verhafteten wurden 14 Tage lang eingesperrt, einige kamen früher frei. Der türkische Staatsbürger Mustafa A. wurde abgeschoben.

gründung" für eine Demonstrationsauflösung angeführt, es seien "gegen den Staat, seine Gesetze und Organe gerichtete Parolen" gerufen worden. Mit anderen Worten: Erlaubt sind nur Demonstrationen, die diesen Staat unterstützen!

Die Zahl der aufgelösten oder gar von vornherein verbotenen Demonstrationen nimmt erschreckend zu, 1988 sind es bereits mindestens 11.

In Krems wurden Infostände zum März 1938 verboten unter dem Vorwand der "verkehrsfremden" Benützung der Fußgängerzone - Wenn aber zehntausende "Turner" des braunen "ÖTB" die ganze Stadt in Beschlag nehmen, so ist das natürlich in Ordnung und wird von der "Obrigkeit" großzügig gefördert!

Von größter Bedeutung sind die vor sich gehenden Einschränkungen der

REDEBEITRAG DER MLPÖ AUF DER DEMONSTRATION AM 19.8.1988 IN WIEN

Ich spreche im Namen der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs und schicke von hier aus besondere Kampfesgrüße an die Freundinnen und Freunde in Haft.

Als die Arbeiterinnen und Arbeiter zur Zeit der 1. Republik für Arbeit, Brot und Freiheit demonstrierten, wurden sie zusammengeprügelt und zusammengeschossen.

Aber ist heute wirklich "alles ganz anders", wie die Herrschenden behaupten?

Überall dort, wo sich Menschen zur Wehr setzen, tanzt auch gleich der Polizeiknüppel. In Hainburg, beim Opernball, und jetzt in der Ägidigasse. Noch wird nicht geschossen, aber schon bei der Erstürmung des Hauses in der Ägidigasse hätte es Tote geben können, als die Planierdraht rücksichtslos in das Haus fuhr. Und was wird erst in Zukunft bei größeren Kämpfen sein, wenn jetzt schon mit solcher reaktionären Gewalttätigkeit vorgegangen wird?

Hier zeigt sich das wirkliche Gesicht der bürgerlichen Demokratie, die zugleich auch die Tendenz des Faschismus in sich trägt.

Die Verhaftung der 66 Freundinnen und Freunde aus der Ägidigasse ist Ausdruck der Tatsache, daß die herrschenden Ausbeuter die Ketten enger ziehen. Lassen wir uns nicht einschüchtern, kämpfen wir dagegen!

50 Jahre nach der hitlerfaschistischen Okkupation Österreichs wird immer deutlicher: Die Blecha, Vranitzky, Mock und Konsorten haben nichts aus der Geschichte gelernt. Sie können auch nichts aus der Geschichte lernen. Denn sie sind Repräsentanten der kapitalistischen "Ordnung", die ihren reaktionären Charakter niemals ändert.

Es hat keinen Sinn zu jammern. Gegen den verschärften Klassenkampf von oben müssen wir den revolutionären Klassenkampf von unten mit dem Ziel der Zerschlagung dieses Ausbeutersystems stellen!

SOFORTIGE FREILASSUNG DER VERHAFTETEN!

NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

NIEDER MIT DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS!

FÜR DIE REVOLUTIONÄRE ARBEITERMACHT, FÜR WIRKLICHEN SOZIALISMUS UND KOMMUNISMUS!

Versammlungs- und Agitationsfreiheit.

Seit Mitte 1985 betrachtet die Gemeinde Wien Infostände nicht mehr als politische Kundgebungen/Versammlungen, die "bloß" anzumelden sind, sondern verlangt im Prinzip ein langwieriges, kompliziertes und teures Bewilligungsverfahren, das um die 800 S kostet und bis zu 6 Monaten dauern darf. Nach den "Erkenntnissen" des Verfassungsgerichtshofs ist das zulässig, weil es sich bei Infoständen um "keine Versammlungen im engeren Sinn" handle und eine Bewilligungs- und Vergebührungspflicht daher zu Recht bestehe. Auch das Verteilen von Flugblättern soll in Zukunft etwas kosten, wenn es nach den Wiener Rathaus "sozialisten" geht!

Durch derartige Gesetzesverschärfungen, die Schritt für Schritt in immer größerem Umfang exekutiert werden, wird die Versammlungs- und Agitationsfreiheit für fortschrittliche Kräfte weitgehend aufgehoben. Denn ihnen stehen im Gegensatz zur herrschenden Reaktion nicht unbegrenzte Geldmittel und ganze Medienkonzerne zur Verfügung. Sie sind auf einfache Mittel angewiesen und jedwede "Vergebührung" verwandelt sich für sie in einen Maulkorb.



Die Verschärfungen betreffen auch das Demonstrationsrecht. Die Hetze gegen die Anti-Opernball-Prote-

ste diene gerade auch dazu, verstärkt durchzusetzen, daß nur noch Demonstrationen erlaubt sein sollen, bei denen die Veranstalter "garantieren", daß alles so verläuft, daß "Ruhe und Ordnung" der Herrschenden nicht beeinträchtigt werden. (Vgl. dazu ausführlich in RF 227 "Polizeistaat in Aktion!")

Inzwischen hat zwischen Innenminister Blecha und dem Boß der Industriellen Schoeller ein vertrauliches Treffen stattgefunden, bei dem es um die Verschärfung gesetzlicher Maßnahmen gegen Umweltaktivistinnen und -aktivisten ging. Die Novellierung des Strafgesetzes durch die Aufnahme einer Bestimmung über "Betriebsstörung" wird in Erwägung gezogen, und der Polizeiminister und der Unternehmervertreter sind sich jedenfalls einig, daß bei Protest- und Störaktionen "sofort Organe der Exekutive verständigt werden sollen" (Zitat aus dem vertraulichen Protokoll, angeführt in "profil" Nr. 7/88, S. 51).

Bei der Verschärfung der polizeistatlichen Repressalien stützt sich die österreichische Exekutive auch auf ihre "Spezialität", das polizeiliche Verordnungsrecht. Danach kann die Polizei Verordnungen erlassen, ihre Einhaltung überwachen und Übertretungen bestrafen. So wurden z.B. bei Besetzungen leerstehender Häuser Polizeieinsätze, die durch bestehende Gesetze nicht abgedeckt sind, auf diese Weise "legalisiert". Durch die Institution "Primärarrest" kann für "besonders schwere Vergehen" von einem Polizeijuristen eine ab sofort abzusetzende Arreststrafe verhängt werden, die bisweilen mehrmonatige Höhe erreicht, ohne daß der Gefangene einem "ordentlichen" Richter vorgeführt werden muß. Dieses polizeistaatliche Willkürregime, das die Exekutive zu einem selbst bürgerlich-demokratischen "Normen" hohnsprechenden Vorgehen ermächtigt, wird vom Generalinspektor der Sicherheitswache Bögl ausdrücklich verteidigt: "Schon in

der Monarchie wurden alle polizeilichen Maßnahmen über einen allgemeinen Paragraphen zur Zufriedenheit der Verwaltung geregelt."

Ob legal oder illegal (nach ihren eigenen Gesetzen gemessen), ist den Herrschenden im Grunde ganz egal, Hauptsache es ist effektiv und dem Zweck des Vorgehens gegen die "Staatsfeinde"-dienlich.

GEWALTIGE AUFBLÄHUNG DER STAATLICHEN UNTERDRÜCKUNGSMASCHINE

Aber das alles ist den österreichischen Behörden immer noch viel zu wenig, um mit den fortschrittlichen und revolutionären Tendenzen in der Bevölkerung, vor allem in der jungen Generation,

Engels über bürgerliche Klassenjustiz

Daß zuerst die ganze Gesetzgebung den Schutz des Besitzenden gegen den Besitzlosen bezweckt, liegt auf der Hand. Nur weil es Besitzlose gibt, sind die Gesetze notwendig; und wenn dies auch nur in wenigen Gesetzen, z.B. gegen das Vagabondieren und die Obdachlosigkeit, worin das Proletariat als solches für gesetzwidrig erklärt wird, direkt ausgesprochen ist, so liegt doch die Feindschaft gegen das Proletariat dem Gesetze so sehr zum Grunde, daß die Richter, besonders die Friedensrichter, die selbst Bourgeois sind und mit denen das Proletariat am meisten in Berührung kommt, diesen Sinn ohne weiteres im Gesetze finden. Wird ein Reicher vorgeführt oder vielmehr vorgeladen, so bedauert der Richter, daß er ihm so viel Mühe machen muß, wendet die Sache soviel er irgend kann zu seinen Gunsten, und wenn er ihn verurteilen muß, so tut es ihm wieder unendlich leid usw., und das Resultat ist eine elende Geldstrafe, die der Bourgeois mit Verachtung auf den Tisch schmeißt und sich entfernt. Kommt aber ein armer Teufel in den Fall, vor dem Friedensrichter zu erscheinen, so hat er fast immer die Nacht im Arresthause mit einer Menge anderer zugebracht, wird von vornherein als schuldig betrachtet und angeschnauzt, seine Verteidigung mit einem verächtlichen: „O, wir kennen diese Ausreden“ – beseitigt und ihm eine Strafe auferlegt, die er nicht bezahlen kann und mit einem oder mehreren Monaten auf der Tretmühle abbüßen muß. Und wenn man ihm nichts beweisen kann, so wird er als Schuft und Vagabond (a rogue and a vagabond – die Ausdrücke kommen fast immer zusammen vor) dennoch auf die Tretmühle geschickt. Die Parteilichkeit der Friedensrichter, besonders auf dem Lande, übersteigt wirklich alle Vorstellung, und es ist so an der Tagesordnung, daß alle nicht zu eklatanten Fälle von den Zeitungen ganz ruhig und ohne weitere Glossen berichtet werden. Es ist aber auch nicht anders zu erwarten. Einerseits legen diese „Dogberries“ das Gesetz nur nach dem Sinn aus, der in ihm liegt, und andererseits sind sie ja selbst Bourgeois, die vor allen Dingen im Interesse ihrer Klasse den Grundpfeiler aller wahren Ordnung sehen. Und wie die Friedensrichter, so benimmt sich auch die Polizei. Der Bourgeois kann tun, was er will, gegen ihn ist der Polizeidiener immer höflich und hält sich streng ans Gesetz; aber der Proletarier wird grob und brutal behandelt, seine Armut wirft schon den Verdacht aller möglichen Verbrechen auf ihn und verschließt ihm zugleich das Rechtsmittel gegen alle Willkürlichkeiten der Gewalthaber; für ihn existieren deshalb die schützenden Formen des Gesetzes nicht, ihm dringt die Polizei ohne weiteres ins Haus, verhaftet und mißhandelt ihn, und bloß wenn einmal eine Arbeiterassoziation wie die Grubenarbeiter einen Roberts engagieren, bloß dann kommt es an den Tag, wie wenig die schützende Seite des Gesetzes für den Proletarier existiert, wie häufig er alle Lasten des Gesetzes zu tragen hat, ohne einen seiner Vorteile zu genießen.

Aus: "Die Lage der arbeitenden Klasse in England". MEW 2, S.491/492. 1845.

fertigzuwerden. In den letzten Jahren wurde der staatliche Repressionsapparat noch gewaltiger aufgebbläht. Besonders nach Hainburg wurde die Exekutive, vor allem die Bundesgendarmerie, mit all jenen technischen Mitteln ausgerüstet und aufgerüstet, die sie in die Situation versetzen sollen, bei Demonstrationen, Streiks usw. "die Lage in der Hand zu behalten" (vgl. Blecha, in "Die Exekutive", Jänner 1986). Hier nur eine unvollständige Aufzählung:

- 4 Polizeipanzer und 45 Geländewagen sowie 55 Motorräder;
- 14 neue Sondereinheiten (MEK);
- Aufstellung von 18 Reservekompanien der Wiener Polizei (Reorganisation);
- 19 Paßlesegeräte mit direktem Anschluß an das EKIS-Fahndungssystem;
- 3 Großcomputer;
- Beschaffung von 1000 deutschen Kampfschildern, bestehend aus durchsichtiger, kniebedeckender Glasfaser, die nicht nur die Sicht auf Demonstranten gewährleistet, sondern auch "Angriffe mit Farbtöpfen oder Säuren abwehrt" (siehe ebenda);
- 1000 Spezialhelme mit Visier und Schlagstöcke;
- 100 Kampfwesten; usw. usf.

Österreichs Exekutive verfügt heute bereits über eines der weltweit modernsten Fahndungssysteme, bzw. ist im Begriff, dieses immer perfekter zu installieren. Über das Projekt EKIS (elektronisches kriminalpolizeiliches Informationssystem) sollen von überall und zu jedem Zeitpunkt Informationen aus allen möglichen Karteien abgerufen werden können (Strafregister, Personenfahndung, Personeninformation, Sachenfahndung, KFZ-Fahndung, usw.). Durch die Änderung einiger Gesetze, vor allem des Paß-, des Melde- und des Personenstandsgesetzes wurde die Möglichkeit zur EDV-Erfassung dieser Dateien – und so auch die rechtliche und technische Voraussetzung für den maschinenlesbaren

Ausweis geschaffen.

Gleichzeitig verstärkt der österreichische Staat auch seine internationalen Aktivitäten auf diesem Gebiet. Immer zahlreicher werden die sogenannten "Anti-Terror-Gipfel". Österreichische Beamte waren in Wackersdorf, um "Erfahrungen" zu sammeln. Andererseits bildet z.B. die verstaatlichte Hirtenberger Patronenfabrik Polizisten aus aller Welt im Umgang mit österreichischen Waffen aus, die in der Gendarmerieschule Baden untergebracht werden (z.B. Polizei aus Bolivien, Sri Lanka, aus arabischen Staaten usw.).*

Das Heer von Polizisten mit und ohne Uniform, das zu politischen Spitzel- und Schnüffeldiensten gegen das arbeitende Volk eingesetzt ist, schlägt schon der Zahl nach alle Rekorde der 1.Republik.

Insgesamt gibt es heute in Österreich mindestens um ein gutes Drittel mehr Polizisten, Gendarmen, Kriminalbeamte, Stapo-Angehörige usw. als selbst in der Zeit des Austrofaschismus! Mit derzeit annähernd 30.000 Polizeiangehörigen, d.h. mehr als vier pro 1000 Einwohnern, zählt Österreich zu den "polizeireichsten" Ländern der Welt. Hinzu kommt ein ganzes Heer von Spitzeln, bereits Mitte der Siebzigerjahre wurde die Zahl von 8000 Konfidenten genannt (siehe "Kurier", 3.3.1974).

ZÜCHTUNG VON HEMMUNGSLOSEN RAMBO-TYPEN

Die technische Vorbereitung der Polizei auf Bürgerkriegsaktionen geht Hand in Hand mit einer demgemäßen politisch-moralischen Bearbeitung und psychologischen

* Im Frühsommer 1988 gaben sich "die besten Anti-terror-Einheiten der Welt" in Österreich ein Stelldichein. Aufmerksamkeit verdient dabei die Tatsache, daß nicht nur "Spezialisten" aus den USA, der westdeutschen Bundesrepublik und anderen westlich-imperialistischen Ländern kamen, sondern auch solche aus Polen, Jugoslawien und China.

Vorbereitung der staatlichen Waffenträger. Ziel der Ausbildungs-, Schulungs- und Erziehungsmethoden ist die Züchtung eines brutalen uniformierten Schlägers ohne Gefühl und Gewissen, eines die Massen verachtenden und hassenden Söldners, der sich auch für die schmutzigsten Zwecke willig verwenden läßt. Die von staatstreuen Reformisten oft geforderte "bessere psychologische Schulung der Beamten" bedeutet lediglich die Forderung nach perfekterer Funktionsausübung der uniformierten Staatsbüttel mittels "verfeinerter" psychologischer Kriegsführung (vgl. dazu ausführlicher RF 223, S.20).

Eine sehr wesentliche Tatsache, die den Massen bewußt gemacht und immer wieder in Erinnerung gebracht werden muß, ist die, daß die Mittel und Methoden, die seitens des Staatsapparates zunächst nur oder vor allem gegen bestimmte politische, nämlich kämpferisch-demokratische und revolutionäre Richtungen, Organisationen und deren Repräsentanten angewandt werden, wenn nicht heute, dann schon in der nächsten Phase alle Werktätigen, auch die "unpolitischen" zu spüren kriegen. So mancher von der Medienhetze, von Revisionismus und Reformismus verdummter geistiger Kleinbürger, der gegen Demonstranten nach der Polizei ruft, weil

sie seine "Ruhe" stören oder seinem mühselig abgestotterten PKW den Weg versperren, wird das noch bemerken. Genauer gesagt: Es mehren sich bereits die Fälle, in denen absolut "unpolitische" Bürger sich plötzlich als Opfer von Polizeibrutalitäten finden, die sie sich nicht erklären können, obwohl sie ganz in der Logik der Entwicklung liegen.

Es liegt auf der Hand, daß die Polizei den "Arbeitsstil", den man ihr zur Bekämpfung demonstrierender Arbeiter und Studenten beigebracht hat, eine Methodik rücksichtsloser Gewalt und Mißhandlungen, schließlich auch jedem Einzelnen gegenüber anwendet, mit dem man sich aus irgendeinem Grunde beschäftigt. Kann jemand den ernsthaft glauben, daß eine Polizei, die systematisch dazu erzogen wird, demonstrierende Menschen auf offener Straße zu verprügeln, nicht mehr prügeln wird, wenn sie sich innerhalb ihrer eigenen vier Wände befindet? Nein, im Grunde ist ja auch allseits bekannt, daß innerhalb dieser vier Wände tagtäglich geprügelt wird.

Und hier zeigt sich auch wieder ein bezeichnender Zug der Verhältnisse im bürgerlichen Staat: Offiziell ist es streng verboten, Häftlinge zur Erreichung von Aussagen, als Strafe gegen "Widersätzlich-

In allen bürgerlichen Republiken, selbst in den allerdemokratischsten, ist die Polizei (ebenso wie das stehende Heer) das Hauptwerkzeug zur Unterdrückung der Massen, bietet sie die Gewähr für eine stets mögliche Umkehr zur Monarchie. Die Polizei prügelt das „gemeine Volk“ in den Revieren sowohl von New York als auch von Genf und Paris; sie übt Nachsicht gegenüber den Kapitalisten entweder, weil sie sich direkt bestechen läßt (wie in Amerika usw.), oder dank einem System der „Protektion“ und „Fürsprache“ reicher Leute (Schweiz) oder dank beider Systeme (Frankreich). Da die Polizei vom Volke getrennt ist, eine besondere Berufskaste bildet, sich aus Leuten rekrutiert, die zur Gewaltanwendung gegen die ärmere Bevölkerung „abgerichtet“ sind, die einen etwas höheren Lohn erhalten und die Vorrechte der „Macht“ genießen (von den „legalen Sporteln“ ganz abgesehen), so bleibt sie unter der Herrschaft der Bourgeoisie in jeder demokratischen Republik unvermeidlich ihr zuverlässigstes Werkzeug, ihre Stütze, ihre Schutztruppe.

Lenin, "Die Hauptsache vergessen", Werke Bd.24, S.347.

keit" oder aus anderen Gründen zu schlagen, aber tatsächlich geschieht das in Österreich in grossem Umfang und die Betroffenen können sich nur schwer dagegen wehren, weil Wände und Pritschen nichts reden, Polizeiärzte nichts sehen und die Dienststeide der Schläger vor Gericht unendlich mehr wiegen als die Beschwerden mißhandelter Häftlinge, die noch dazu eine Aburteilung wegen "Verleumdung" befürchten müssen, wenn sie nicht unanfechtbare Beweise haben, was aber kaum jemals möglich ist.

Ähnlich verhält es sich mit der Anwendung von Schusswaffen durch die Polizei. Mitte 1985 wurde ein Gendarm freigesprochen, der ein Liebespaar in einem Auto für Einbrecher hielt und den Mann auf dem Beifahrersitz "versehentlich" erschoss ("Kronenzeitung", 29.4.1986). Ein Polizist erschoss im Herbst '87 einen Mann, der versucht habe, in einem Würstelstand einzubrechen ("Presse", 2.10.87). Detail am Rande: Unmittelbar bevor der Todeschütze wegen fahrlässiger Tötung angeklagt - und dann freigesprochen - wurde, war er von Wiens Bürgermeister Zilk für seinen "tapferen Einsatz" belobt worden... Freigesprochen wurde auch ein Wiener Polizist, der einen Mann tötete, weil er "vermutete", es handelte sich um einen Sexstrolch ("Kurier", 7.2.88). Gegen zwei Polizisten, die einen Mann in seinem Bett mit 4 Kugeln buchstäblich durchsiebt hatten, wurde das Verfahren eingestellt (ebenda).

Die Häufung solcher Vorfälle darf nicht wundern. Je mehr man die Polizisten aus politischen Gründen auf Rücksichtslosigkeit und Brutalität drillt, umso lockerer wird ihnen zwangsläufig auch die Dienstpistole sitzen, wo es vielleicht nur um die Verfolgung kleiner Delikte oder um die Festnahme möglicherweise unschuldig Verdächtigter geht.

Allerdings, dieses ganze Polizeiheer - das infolge seiner Ausbildung, Beweglichkeit und modernen



Auch ein so eindeutiger Beweis wie dieses Foto reicht vor einem österreichischen Gericht nicht zur Bestrafung von Mißhandlungen durch die Polizei. Der Polizist, der einer Frau das Funkgerät auf den Kopf schlug, wurde im Juni 1986 freigesprochen.

Ausrüstung eine gewaltige Streitmacht darstellt, die notfalls noch durch das stehende Heer ergänzt werden kann - hat "höheren" staatlichen Interessen zu dienen und keineswegs in erster Linie Betrüger und Diebe zu fangen. Niemals noch haben solche den kapitalistischen Staat in Gefahr gebracht, oft und oft hat er sich dieser krimineller Elemente sogar mit Erfolg gegen die Arbeiterbewegung bedient. Aber mit revolutionären politischen Strömungen dagegen ist nicht zu spaßen, weil sie nach dem Sturz der bestehenden Ausbeuterordnung streben und sich schon wiederholt als durchaus imstande gezeigt haben, dafür die Massen des Volkes zu gewinnen.

Gegen diese potentielle Gefahr wird der österreichische Polizei- und Justizapparat daher aufgerüstet. War seine vordringliche klassenmäßige Aufgabe gestern noch die detaillierte Beobachtung, Überwachung und Registrierung solcher "staatsgefährlicher" Bewegungen, so ist man heute schon bei den Mitteln des politischen Kleinkriegs, bei zunehmenden Schikanen, Scharfmachereien und Provokationen, statuiert man verstärkt Exempel, die von empfindlichen Geldstrafen bis zum Arrest, vom Gummiknüppel bis zum Wasserwerfer und Reizgas reichen. Morgen oder übermorgen soll dann gegebenenfalls die dritte Stufe folgen, die umfassende brutale Niederschlagung der revolutionären Massenbewegung mit allen Mitteln des modernen kapitalistischen Staates.

* * *

Die Verschärfung der Polizeistaatspraktiken in der letzten Zeit erfolgt natürlich nicht aus irgendeiner bloßen Laune der Herrschenden heraus. Die zunehmende Repression hängt vielmehr damit zusammen, daß Österreich eben nicht die friedliche "Insel der Seligen" ist, daß die Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus auch vor den Toren Österreichs nicht haltmachen. Die kapitalistischen Machthaber wissen sehr wohl, daß die verschärfte Ausbeutung, Sozialabbau, Massenentlassungen usw. früher oder später Widerstand und Kampf dagegen hervorrufen. Deshalb ziehen sie

politisch die Ketten enger und betreiben systematisch die präventive Konterrevolution.

Die revolutionären Kräfte Österreichs, besonders die Marxisten-Leninisten, die heute infolge des revisionistischen Verrats noch schwach sind, müssen diese Entwicklung genauestens verfolgen und sich sorgsam darauf vorbereiten, von ihr nicht plötzlich überrollt zu werden. Dazu sind Maßnahmen verschiedenster, auch technischer Art erforderlich und bedarf es erhöhter revolutionärer Wachsamkeit in Verbindung mit der beharrlichen und energischen Aufklärung, Mobilisierung und Organisierung der Massen des arbeitenden Volkes.

DIE HÄUSER IN DER ÄGIDI/SPALOVSKIGASSE UND DIE WOHNUNGSPOLITIK IN WIEN

Gründe für die Räumung und Vernichtung der Häuser in den zwei Straßen liegen u.a. einerseits darin, daß die Häuser in dem "Sanierungsgebiet" Gumpendorf lagen; andererseits darin, daß die Hausgemeinschaften der zwei Häuser den Kampf um die zwei Häuser zunehmend bewußt in den größeren Zusammenhang mit der kapitalistischen Wohnungspolitik in Österreich, Wien und speziell in Gumpendorf gestellt haben. Den Gemeindegewaltigen und ihren Hintermännern, den Bankherren, Hausbesitzern, Spekulanten usw. paßten nicht nur die zwei Häuser nicht in den Kram, sondern ihnen war auch ein Dorn im Auge, daß die Hausgemeinschaften versuchten, ihre Isolierung zu durchbrechen, die Mieter im ganzen Viertel über den auch ihnen bevorstehenden Ab-

riß usw. aufklärten und dagegen zu mobilisieren versuchten.

Zilk, Smejkal, Edlinger und Co. wären vielleicht eher zu einem "Kompromiß" bereit gewesen, wenn die Hausgemeinschaften ihre "politische Agitation" eingestellt hätten, wie ihnen auch nahegelegt wurde. "Andere Saiten" zogen sie dann auch deshalb auf, weil ihre unverbindlichen Integrationskonzepte vorderhand nicht hinhauten. Die Leute aus der Ägidigasse hörten nicht auf zu entlarven, daß unter Leitung des Ex-Ober-Jusos Wohnbaustadtrat Edlinger ganz Gumpendorf zu einem riesigen Spekulationsobjekt gemacht worden ist. Nachfolgend einige kurze Auszüge aus einer Stellungnahme dazu.

STADTSANIERUNG AM BEISPIEL GUMPENDORF

In den 60-er Jahren konzentrierte sich der Wohnbau hauptsächlich auf die Trabantenstädte am Stadtrand. Neue Ghettos wurden aus dem Boden gestampft, während die Bezirke innerhalb des Gürtels dem Verfall preisgegeben wurden.

Ganze Straßenzüge wurden systematisch verelend und abgewohnt. Die klassischen Mietkasernen außerhalb des Gürtels wurden zu Wohngebieten für sozial Schwache: Alte, Ausländer, Jugendliche.

1975 trat ein neuer Flächenwidmungsplan für Gumpendorf in Kraft. Die Gemeinde erklärte

das Gebiet, in dem sie zuvor eifrig Häuser gehauert und verfallen lassen hatte, zum Stadterneuerungsgebiet. Stadterneuerung hat nichts mit Verschönerung zu tun, wie die Bonzen gerne behaupten. Stadterneuerung ist in erster Linie ein Programm der Neuzusammensetzung von Bevölkerung und sozialer Kontrolle, bzw. der Entvölkerung zum Zwecke der Durchsetzung von saftigen Profiten.

Sanierung bedeutet nichts anderes als einen enormen Vermögenszuwachs für den Hauseigner, der aus den Mietern herausgepreßt wird. Staatliche Wohnbauförderungskredite (bis zu 80% der Sanierungskosten) ermöglichen es, diesen sozialpolitischen Kahlschlag auch dann durchzuführen, wenn die Mieter außerstande sind, die Sanierungskosten zu tragen.

Welchen Organisationstypus brauchen wir im Kampf gegen die Verschärfung der Polizeistaatspraktiken?

Anlässlich der Verhaftung der 66 Leute beim Polizeisturm gegen die beiden Häuser in Wien zeigte sich wieder einmal der Mangel, daß keine starke Organisation da ist, die in der Lage ist, unverzüglich darauf zu reagieren und den Kampf gegen die verschärften Polizeistaatspraktiken kraftvoll zu führen. Mehr noch, angesichts des wohl-vorbereiteten Schlags der Polizeikräfte ergab sich für viele ein weiteres Mal die unbefriedigende Lage, eben nur reagieren zu können, ohne klare Vorstellungen und Konzeptionen für einen langfristigen Kampf mit der Perspektive der Zerschlagung des kapitalistisch-imperialistischen Systems und seines Staates.

Die Frage ist also: Welche Art von Organisation kann dem Terror des bürgerlichen Staatsapparats erfolgreich trotzen und selbst unter Bedingungen scharfer Verfolgungen ihre Aufgaben erfüllen? Wir können unsere Ansichten dazu nur thesenartig darstellen.

1) Nur eine mit der revolutionären Theorie, mit der Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes ausgerüstete Organisation kann sich auch in komplizierten und gefährlichen Situationen taktisch und strategisch korrekt verhalten. Nur mit Hilfe der Wissenschaft des Proletariats kann eine wirklich vorausschauende Linie und Politik entwickelt werden. Nur wenn eine revolutionäre Theorie (welche die Erfahrung der Arbeiterbewegung aller Länder in ihrer allgemeinen Form ist) die Praxis beleuchtet, kann erkannt werden, nicht nur wie und wohin sich die Klassen in der Gegenwart bewegen, sondern auch, wie und wohin sie sich in der nächsten Zukunft werden bewegen müssen. Die Unterschätzung und Mißachtung dieser Tatsache versperrt im Grunde der Lösung jeder beliebigen Einzelfrage den Weg, weil es ohne revolutionäre Theorie eben auch keine revolutionäre Praxis geben kann.

2) Nötig ist eine Organisation von Revolutionären, wirklichen Kommunisten. Die Mitglieder einer solchen Organisation

müssen sich die revolutionäre Theorie immer besser aneignen und in der Lage sein, sich in schwierigen Lagen auf der Grundlage der erarbeiteten Linie und Politik selbständig zu orientieren, ohne stets auf irgendwelche Anweisungen warten zu müssen, was in Momenten der entfesselten Konterrevolution lebensnotwendig sein kann, wenn die Verbindungen abgerissen sind. Die Mitglieder der revolutionären Organisation müssen in allen Sphären des Klassenkampfes geschult sein und speziell auch in der Lage sein, die "Kunst" des Kampfes gegen die politische Polizei zu beherrschen. D.h. sie müssen die Eigenschaften wirklicher Kommunisten haben, die sowohl dem Terror der echten Kugeln als auch der Korruption der "verzuckerten Giftkugeln" standhalten.

3) Die revolutionäre Organisation muß demokratisch-zentralistisch sein, um wirklich standhalten und siegen zu können. Zentralismus, das bedeutet, daß gegen die konzentrierte und zentralisierte reaktionäre Macht der Bourgeoisie eine Zentrale des revolutionären Kampfes geschaffen werden muß, die gewährleistet, daß sich die revolutionären Kräfte des Proletariats nicht zersplittern, daß die einheitliche Aktion möglich und gesichert ist. Die Leitung des Klassenkampfes von einem revolutionären Zentrum aus muß verbunden werden mit der innerparteilichen Demokratie. Deren Wesen besteht in der möglichst hohen Aktivität aller Revolutionäre bei der Beratung und Entscheidung aller Fragen.

Die Vorstellung, demokratischer Zentralismus bedeute, daß die Organisationsmitglieder nichts zu sagen hätten und den "Befehlen von oben" blind folgen müßten, ist unsinnig und antikommunistisch. Denn das Parteiprogramm, die Strategie und Taktik, die grundlegenden Richtlinien werden in einer solchen Organisation von allen Mitgliedern umfassend beraten und durch den Kongreß der Delegierten aller Zellen auf die denkbar demokratischste Weise festgelegt und verabschiedet. Das gleiche gilt für die Wahl der leitenden Gremien. Der

springende Punkt ist, daß die Organisation ihren Leitungsgremien zwischen den Kongressen bewußt Kompetenzen gibt, die nicht unbeschränkt sind, sondern an die Beschlüsse des Kongresses und an die Bestimmungen des Programms und Statuts gebunden sind, aber unbedingt nötig sind, um die Ziele und die Politik der Organisation im tagtäglichen Klassenkampf umzusetzen. Im Interesse der nötigen Schlagkraft und einheitlichen Handlungsfähigkeit ordnet sich die gesamte Organisation freiwillig und bewußt den von ihr gewählten Leitungen unter. Dies geschieht aus der Erkenntnis heraus, daß es unter den Bedingungen des scharfen Klassenkampfes unmöglich ist, über jede Detailfrage eine allgemeine Versammlung einzuberufen. Das würde zur völligen Handlungsunfähigkeit führen, ganz abgesehen davon, daß das mit der gebotenen Wachsamkeit nicht zu vereinbaren ist.*

Die Notwendigkeit der einheitlichen Durchführung gefaßter Beschlüsse schließt die weitere Auseinandersetzung und Kritik keineswegs aus, ganz im Gegenteil. Mao Tse-tung hat einmal gesagt, daß jeder Kommunist, jede Kommunistin stets "Warum?" fragen, d.h. die Linie und Politik bewußt durchdenken muß. So besteht selbstverständlich z.B. die Möglichkeit, fehlerhafte Standpunkte und Direktiven einer Leitung zu kritisieren, auf einem nächsten Kongreß deren Änderung zu beantragen, oder eine Leitung überhaupt abzuwählen. – Und es hat sich noch immer gezeigt, daß revolutionäre Organisationen, die nach diesen Prinzipien handeln, ein viel reicheres innerorganisatorisches Leben hatten, daß dort demokratische Kontrolle noch immer viel besser funktionierte als

* Unter den Bedingungen der Illegalität und scharfer Verfolgungen, bei denen allgemeine Parteizusammenkünfte usw. nicht möglich sind, kann es sich auch als nötig erweisen, die Wählbarkeit der Parteigremien mit Kooptierungsmaßnahmen (Ernennungen) zu kombinieren, um das Funktionieren der Partei, ihre Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Eine solche teilweise Einschränkung der Wählbarkeit bedeutet in einer wirklich revolutionären Organisation nicht die Liquidierung der innerparteilichen Demokratie überhaupt, die ein viel umfassenderer Begriff ist, alle möglichen Formen der Beratung umfaßt und untrennbar verbunden ist mit dem gegenseitigen Vertrauen und der Kameradschaftlichkeit ihrer zur Kampfgemeinschaft zusammengeschweißten Mitglieder.

in Organisationen oder Gebilden, die das alles als Luxus betrachten und wo dann de facto spontan doch irgendwelche "Führer" sich eigene "Königreiche" schaffen.

4) Im Kampf gegen Spitzel und Provokateure ist höchste Wachsamkeit, sind organisatorische Maßnahmen, die Erziehung zur Einhaltung bestimmter Regeln nötig, damit die Agenten des Klassenfeinds möglichst wenig Schaden anrichten und nicht die ganze innere Struktur der Organisation auskundschaften können. Aber das allein genügt nicht. Ideologischer Kampf, Kritik und Selbstkritik, hohe Aktivität bei der Ausarbeitung, Festlegung und Durchführung der Linie, praktische Erprobung der Mitglieder der Organisation in der gefährvollen Praxis des Klassenkampfes, die Überprüfung der Fähigkeit, sich mit den Massen zu verbinden, sie nicht nur zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen usw. – alles das ist auch unerlässlich, um dem Klassenfeind innerhalb der Organisation möglichst wenig Ansatzpunkte und Angriffsflächen zu bieten, um aus der Organisation jene zu entfernen, die sich als schwach, unfähig und opportunistisch erwiesen haben.

5) Die revolutionäre Organisation mit diesen erforderlichen Eigenschaften kann nur eine nach marxistisch-leninistischen Organisationsprinzipien aufgebaute Partei neuen Typs sein. Wir wissen, daß es angesichts des Zerrbilds einer kommunistischen Partei wie der "K"PO heute große Vorbehalte gegenüber dem Begriff der Partei gibt. Wir aber behaupten, daß die hier nur skizzenhaft angeführten Merkmale zusammengenommen unverzichtbare Eigenschaften der revolutionären Vorhutorganisation sind und auf nichts davon verzichtet werden kann, ohne Konfusion und Schaden anzurichten, ohne den Weg in neuerliche Niederlagen vorzuprogrammieren.

Eine revolutionäre Partei des Proletariats entsteht nicht durch bloße Namensgebung und benötigt viel Zeit, viele Anstrengungen, harte Arbeit und zähen Kampf zu ihrer Entwicklung. Aber es führt kein Weg daran vorbei, daß das die Organisation ist, die wir brauchen:

* Genügend groß, um das ganze Land zu erfassen; genügend breit und vielseitig, um eine strenge und detaillierte Arbeitsteilung durchzuführen; genügend standhaft, um unter allen Umständen, bei allen 'Wendungen' und Überraschun-

gen ihre eigene Arbeit unbeirrt zu leisten; genügend elastisch, um zu verstehen, einerseits einer offenen Feldschlacht gegen einen an Kraft überlegenen Feind auszuweichen, wenn er alle seine Kräfte an einen Punkt gesammelt hat, und andererseits

die Schwerfälligkeit dieses Feindes auszunutzen und ihn dann und dort anzugreifen, wo der Angriff am wenigsten erwartet wird." (Lenin, "Womit beginnen?", Werke Bd. 5, S.12, 1901, Sperrung im Original)

LENIN ÜBER DEN PARTEIBEGRIFF

Genossen! Ich möchte einige Bemerkungen zu den Reden der Genossen Tanner und MacLaine machen. Tanner erklärt, daß er für die Diktatur des Proletariats sei, daß er sich aber die Diktatur des Proletariats nicht ganz so vorstelle wie wir. Er sagt, daß wir unter der Diktatur des Proletariats im Grunde genommen die Diktatur seiner organisierten und klassenbewußten Minderheit verstehen.

Und in der Tat, im Zeitalter des Kapitalismus, wo die Arbeitermassen unaufhörlich ausgebeutet werden und nicht imstande sind, ihre menschlichen Fähigkeiten zu entwickeln, ist für die politischen Parteien der Arbeiter gerade der Umstand am charakteristischsten, daß sie nur eine Minderheit ihrer Klasse erfassen können. Die politische Partei kann nur die Minderheit der Klasse erfassen, ebenso wie die wirklich klassenbewußten Arbeiter in jeder kapitalistischen Gesellschaft nur die Minderheit aller Arbeiter bilden. Deshalb müssen wir anerkennen, daß nur diese klassenbewußte Minderheit die breiten Arbeitermassen leiten und mit sich führen kann. Wenn Gen. Tanner sagt, er sei ein Feind der Partei, aber gleichzeitig dafür, daß eine Minderheit der am besten organisierten und revolutionärsten Arbeiter dem ganzen Proletariat den Weg weise, so sage ich, daß zwischen uns in Wirklichkeit keine Differenz besteht. Was ist unter organisierter Minderheit zu verstehen? Wenn diese Minderheit wirklich klassenbewußt ist, wenn sie die Massen zu führen versteht, wenn sie fähig ist, auf jede aktuelle Frage eine Antwort zu geben – dann ist sie im Grunde genommen eine Partei. Und wenn solche Genossen wie Tanner, mit denen wir ganz besonders rechnen, weil sie Vertreter einer Massenbewegung sind – was man von den Vertretern der Britischen Sozialistischen Partei schwerlich sagen kann –, wenn diese Genossen dafür sind, daß eine Minderheit besteht, die entschieden für die Diktatur des Proletariats kämpft und die Arbeitermassen in dieser Richtung erzieht, so ist eine solche Minderheit im Grunde genommen nichts anderes als eine Partei. Gen. Tanner sagt, daß diese Minderheit die gesamte Arbeitermasse organisieren und führen müsse. Wenn Gen. Tanner und die anderen Genossen aus der Shop-Steward-Bewegung und den „Industriearbeitern der Welt“ (IWW) das anerkennen – und wir überzeugen uns täglich in Gesprächen mit ihnen davon, daß sie das wirklich anerkennen –, wenn sie damit einverstanden sind, daß die bewußte kommunistische Minderheit der Arbeiterklasse das Proletariat führt, dann sollen sie auch zugeben, daß eben das der Sinn aller unserer Resolutionen ist. Der einzige Unterschied zwischen uns besteht dann nur darin, daß sie das Wort „Partei“ vermeiden, weil es unter den englischen Genossen eine gewisse Voreingenommenheit gegen die politische Partei gibt. Sie stellen sich eine politische Partei nicht anders vor als nach dem Ebenbild der Parteien von Compers und Henderson, dieser Parteien von parlamentarischen Geschäftemachern und Verrätern an der Arbeiterklasse. Und wenn sie unter Parlamentarismus etwas verstehen, was dem heutigen englischen und amerikanischen Parlamentarismus entspricht, so sind auch wir Feinde eines derartigen Parlamentarismus und derartiger politischer Parteien. Wir brauchen neue Parteien, wir brauchen andere Parteien. Wir brauchen Parteien, die wirklich in ständiger Fühlung mit den Massen sind und es verstehen, diese Massen zu führen.

Lenin, "Rede über die Rolle der kommunistischen Partei" auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Werke Bd.31, S.223/224.

Flugblatt von MLPD-Sympathisanten, das auf der Demonstration am 12.8.1988 verteilt wurde:

Freiheit für die Verhafteten der Spalovski- und Ägidigasse !

VERSTÄRKEN WIR DEN KAMPF MIT REVOLUTIONÄRER PERSPEKTIVE !

Während der Außenminister Botha des südafrikanischen Rassistenregimes in Wien empfangen wurde, um das Apartheid-Regime gerade auch im Interesse des österreichischen Finanzkapitals zu stärken (das weltweit an 7. Stelle bei Bankkrediten für Südafrika steht !), wurde zugleich ein von langer Hand geplantes Vorhaben durchgeführt: Die polizeiliche Stürmung und Räumung der Häuser in der Spalovski- und Ägidigasse, mit deren Abbruch sofort begonnen wurde.

Die Schleifung der beiden Häuser erfolgte nicht nur, um rücksichtslos eine "Sanierungspolitik" voranzutreiben, die einzig und allein im Interesse von Spekulanten, Hausbesitzern und anderen Geldsäcken durchgezogen wird.

Die Häuser mußten vor allem auch weg, weil sie den Herrschenden als Stützpunkte von kritischer Auseinandersetzung und "lästiger" politischer Aktivität schon längst ein Dorn im Auge waren. Die Machthaber sind äußerst empfindlich gegenüber allen, auch den bescheidensten Ansätzen, die sich nicht an die "Spielregeln" und das "Recht" des Privateigentums halten, wo nicht völlig nach der Pfeife der Oberen getanzt wird. Die Polizeiprüge gegen die Bewohnerinnen und Bewohner der Spalovski- und Ägidi-Gasse richten sich bewußt und gezielt gegen jeden Kampf für ein selbstbestimmtes Leben ohne kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung!

In der Brutalität, mit der vorgegangen wurde, zeigt sich zugleich aber auch die Angst der Herrschenden vor dem Volk - ebenso wie damals in der Hainburger Au, als Blecha und Konsorten selbst im äußerst pazifistischen Widerstand bereits den Angriff auf "unsere Eigentumsordnung" und den Staatsumsturz witterten ! Und ebenso wie in Hainburg, bei den Opernball-Protesten usw. lassen die Machthaber in ihren Medien das Blaue vom Himmel lügen, um die Gewaltmaßnahmen der staatlichen Exekutive zu rechtfertigen. Dabei durfte auch der uralte Dreh von den "Ausländern" nicht fehlen, über den Heinrich Heine vor schon etwa eineinhalb Jahrhunderten gespottet hatte:

"Ausländer sind es zumeist,
die unter uns gesät den Geist
der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob, sind selten Landeskinder."

Die Zerstörung der Häuser in der Spalovski- und Ägidigasse hat augenscheinlich gezeigt, was das Haupthindernis eines echten selbstbestimmten Wohnens und Lebens ist: Es ist die Gewaltmaschinerie des bürgerlichen Staates mit seinen Hauptkomponenten Armee und Polizei, mit seiner Justiz, Gefängnissen usw. Mittels dieses Unterdrückungsapparats sichern und sanktionieren die kapitalistischen Machthaber jene Verhältnisse, in denen die große Masse der Bevölkerung gezwungen wird, ihre Existenz als "moderne" Lohnsklaven zu fristen, ihre Arbeitskraft an eine ausbeuterische Minderheit zu verkaufen, welche die Produktionsmittel, den Grund und Boden, die Häuser usw. besitzt.

Die blutig erkaufen Erfahrungen der Geschichte, des Februar 1934, Chile 1973..., zeigen, daß es de facto nicht möglich ist, sich an der Frage des Staates vorbeizumogeln, auf ein "Stillhalten" und auf "Toleranz" dieses Staats zu hoffen und zu spekulieren. Die These von der Möglichkeit eines "friedlichen Wegs" zum Sozialismus mittels der "Macht des Stimmzettels" hat sich im Endergebnis stets als mörderische Illusion und verbrecherischer Betrug erwiesen.

Die Grünen und die "K"PD wollen im Zusammenhang mit der Erfahrung des Polizeieinsatzes gegen die Spalovski- und Ägidigasse jede revolutionäre Erkenntnis über diesen Staat verhindern. Die "K"PD-Wien z.B. jammert über die staatlichen Gewaltmaßnahmen vom staats-erhaltenden Standpunkt aus: "Mit diesem Einsatz werden Jugendliche weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt." ("VS", 12.8.88)

Demgegenüber meinen wir, daß es über den nun konkret und unmittelbar zu führenden Kampf für die Freilassung der Verhafteten hinaus vor allem auch nötig sein wird, gemeinsam zu diskutieren, wie die weitere Perspektive der Verstärkung des Kampfes aussehen muß, welche revolutionären Schlußfolgerungen aus den Kampferfahrungen hier und anderswo gezogen werden müssen (Frage der Notwendigkeit, der Form und des Inhalts einer revolutionären Organisation, Frage der Notwendigkeit einer revolutionären proletarischen Macht auf dem Weg zu einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft ohne Staat usw.).

Wir werden noch viele kleine und große Kämpfe gegen einen starken Feind verlieren. Doch durch alle Niederlagen und alle Teilerfolge hindurch kommt es in erster Linie darauf an, die revolutionären Kräfte, Erfahrungen und Erkenntnisse zu sammeln, um einmal in der Lage zu sein, so wie jetzt die Polizeibüttel die Ägidi- und Spalovski-Häuser niedergerissen haben, dieses ganze verfaulte System niederzureißen, seinen Staat von oben bis unten und von unten bis oben gewaltsam zu zerschlagen und restlos zu zerstören.

"Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter bis zu ihrem Untergang - das ist die Logik der Imperialisten und aller Reaktionäre in der Welt dem Anliegen des Volkes gegenüber, und sie werden niemals gegen diese Logik verstoßen. Das ist ein Gesetz des Marxismus..."

Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum Sieg - das ist die Logik des Volkes, und auch das Volk wird niemals gegen diese Logik verstoßen. Das ist ein anderes Gesetz des Marxismus."

MAO TSE-TUNG

12.8.1988, Sympathis. der MLPD

Auf der Demonstration am 19.8.1988 verteiltes MLPD-Flugblatt:

Die reaktionäre Hetze gegen die Ägidigasse - Proteste zerschlagen !

Nach der gewaltsamen Räumung der Häuser in der Ägidi- und Spalovski-Gasse setzte in den Medien kommandoartig ein wahres Trommelfeuer übelster Hetze ein. "Kurier", "Kronenzeitung", "AZ" usw. verkündeten mit riesigen Lettern die Entdeckung ganzer "Waffenlager" in der Ägidigasse. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, daß es sich bei den Hausgemeinschaften in der Ägidi- und Spalovskigasse um wahre "Terrornester" gehandelt habe, die nun endlich ausgeräuchert wurden - eine äußerst nützliche Ablenkung von der Tatsache, daß mit einem wirklich terroristischen Gewaltakt mehr als 80 Menschen das Dach über dem Kopf abgerissen wurde.

Die Hetze ging nahtlos weiter in der Berichterstattung über die Protestdemonstration am 13.8.1988. "Kurier", "AZ" und "Kronenzeitung" fabelten unisono von einer "Straßenschlacht in Wien", bei der es "zu wilden Kämpfen zwischen Polizisten und Vermummten" gekommen sei. Der ORF dementierte diese Darstellung zwar, doch die Funktion dieser gezielten Lügen ist eindeutig: Damit soll die ganze Protestbewegung im Zusammenhang mit der Räumung der Häuser in der Ägidi- und Spalovskigasse weiter kriminalisiert und deren verschärfte Unterdrückung vorbereitet und plausibel gemacht werden ! Dabei wird bewußt auf die Uninformiertheit und die Vorurteile bei vielen spekuliert, die noch nicht erkannt haben, daß falsch lebt, wer sich nicht wehrt und es nur gut wäre, wenn große Massen der Unterdrückten für ihre Forderungen und Interessen in den Kampf treten und endlich kraftvoll mit dem Kapital und seinem Staat "zusammenstoßen" würden.

Hier handelt es sich keineswegs nur um die Präsentation "sensationaler Meldungen" zur Steigerung der Auflagenhöhe. Die Gesamtheit der bürgerlichen Medien hat vielmehr eine feste und unerläßliche Funktion im System der Herrschaftssicherung. An den jüngsten Ereignissen hat sich deutlich gezeigt, daß den Repräsentanten und Nutznießern der bestehenden Ausbeuterordnung nicht nur der Gewaltapparat von Polizei, Sondereinheiten, Gefängnissen, Justiz usw. zur Verfügung steht. Vielmehr hat sich auch gezeigt, daß auch die "Meinungsfabriken" der bürgerlichen Medien eine ungeheure Macht darstellen. Dieser Bestandteil des kapitalistischen Oberbaus ist sehr wichtig für eine "Ordnung", welche die Werktätigen systematisch verdummen, betrügen, manipulieren und verhetzen muß, um nicht als ausbeuterisch und total verrottet durchschaut zu werden.

Wesentlich ist dabei auch die Erkenntnis, daß wir es dabei mit einem ganzen Mechanismus zu tun haben, der weitverbreitet ist und arbeitsteilig vorgeht, um mit unterschiedlichen Mitteln verschiedene Schichten zu verblenden und in der geistigen Botmäßigkeit des Kapitals zu halten. Hemmungslose Hetze ist die eine Seite, die

andere ist die heuchlerische Artikulation von "Unzufriedenheit" und "Kritik". Die kapitalistischen Verhältnisse sind so faul, daß andauernd Eiterbeulen aller Art platzen. Und da haben die Herrschenden sehr wohl erkannt, daß es gefährlich wäre, die Kritik daran "unkontrollierten Kreisen" oder gar einer revolutionären Arbeiterbewegung zu überlassen.

Die Ereignisse um die Ägidi- und Spalovskigasse haben einmal mehr krass vor Augen geführt, daß die fortschrittlichen Kräfte dem ganzen bürgerlichen Verdummungs- und Verhetzungsapparat kaum etwas entgegenzusetzen haben und kaum diejenigen erreichen können, denen es unbedingt die Wahrheit zu sagen gilt, all die Menschen, deren eigener Arbeitsplatz wackelt, die "flexibilisiert" werden, und denen klargemacht werden muß, daß sie das, was jetzt geschah, sehr viel angeht, sie selbst betrifft. Die Hoffnung auf eine "objektive Berichterstattung" der bürgerlichen Medien ist dabei eine Illusion und verkennt völlig die systemstabilisierende Funktion auch der da und dort "kritisch-sachlichen" Berichterstattung im ORF. Nein, um der bürgerlichen Manipulation aller Sorten wirklich was entgegenzusetzen zu können, müssen die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte die Sache selbst in die Hände nehmen.

Der aktive Kampf gegen die bürgerlichen Medien, die Entlarvung ihrer Rolle, ihrer Lügen und Demagogien, ist eine unerläßliche Aufgabe, wenn die Perspektive wirklich die Verstärkung des Kampfes, die Gewinnung und Einbezugnahme von mehr Menschen sein soll.

Der Aufbau einer revolutionären Presse ist aber keineswegs nur eine organisatorische Aufgabe der Schaffung der nötigen Strukturen. Um die bürgerliche Ideologie wirklich bis auf den Grund entlarven zu können, ist vor allem Klarheit notwendig, muß ihr revolutionäre Erkenntnis entgegengesetzt werden.

Es ist die Aufgabe einer echten, mit der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus gewappneten kommunistischen Partei (deren Karikatur die "K"PD schon längst geworden ist), im unerbittlichen und unaufhörlichen Kampf gegen alle Spielarten der bürgerlichen Ideologie die Arbeiterklasse bewußt zu machen, das proletarische Klassenbewußtsein zu schaffen. Die MLPD versteht sich als Ansatzpunkt zum Aufbau einer solchen bolschewistischen Partei und die "Rote Fahne" dient als Ansatzpunkt zur Schaffung eines revolutionären Zentralorgans als "kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator".

Nur das geistig und materiell bewaffnete Proletariat wird an der Spitze aller Ausgebeuten über den Imperialismus siegen können !

18.8.1988

Die "K"PD und die Ereignisse um die Ägidi/Spalovskigasse:

SOZIALE PFAFFEN IM "LINKEN" GEWAND !

Scheinbar war die "Volksstimme" die einzige Tageszeitung in Österreich, die nicht gegen die Ägidi/Spalovskigasse-Bewohnerinnen und Bewohner hetzte. Aber eben nur scheinbar. Denn bei genauerer Betrachtung zeigt sich was ganz anderes. Nehmen wir nur den Artikel "Der Waffozant und das Waffenlager" vom 21.8.1988. Der Artikel behandelt die "Kriminalisierung mit und durch die Medien". Aber was tut sein Verfasser selbst ?

Schon der ganze Stil, in dem er über die "Leutchen" der Ägidi/Spalovskigasse schreibt, verrät die Geisteshaltung des Spießbürgers, dem das alles höchst verdächtig, unverständlich und lästig ist. Der Artikelschreiber glaubt zu wissen, daß es sich bei "den Leutchen aus der Ägidi-gasse" um Menschen handelt, die "vermutlich keine allzu glückliche Kindheit hinter sich" hätten. Seiner Meinung nach "können sich sogar die Grundstücksspekulanten über das Auftreten solcher Leutchen die Hände reiben". Im Stil dieser Beschimpfungen werden die "dunklen Gestalten dieser Art" auch noch zur "aussterbenden Spezies der Naiven in unserer Gesellschaft" heruntergemacht, die aus den bisherigen Erfahrungen mit Hausbesetzungen "nichts gelernt" hätten.

Im Grunde ist für so einen reformistischen "Volksstimme"-Redakteur "naiv", wer noch nicht völlig auf die "machbare Realpolitik" eingeschwenkt ist. Das zeigt sich besonders daran, aus welchem Grund sich der Herr Gmundner gegen die Verteufelung der Leute aus der Ägidi-gasse wendet. Auf die Tradition solcher Verteufelung hinweisend schreibt er:

"Ägidi-mäßig heißt das heute 'Rauschgift', 'Waffen', 'Panzerabwehrraketen'. Übrigens eine nicht ungefährliche Haltung der Zeitungsschreiber, weil sie dadurch junge Leute auf dumme Gedanken bringen."

Bezeichnenderweise stellt der revisionistische Redakteur Waffen auf eine Stufe mit Rauschgift. Warum aber soll der Gedanke an Waffen auf jeden Fall ein "dummer Gedanke" sein ? Und für wen könnte der Gedanke daran womöglich "nicht ungefährlich" sein ?

War es vielleicht dumm und naiv, daß sich die Leute in der Ägidi-gasse z.Bsp. mit geeigneten Mitteln gegen die Überfälle der Nazibanden schützten, die vielleicht nur deshalb keinen noch größeren Schaden anrichteten, weil die Bewohnerinnen und Bewohner eben nicht so "naiv" waren zu glauben, daß der braunen Pest mit verbalen demokratischen Beschwörungen beizukommen wäre ?!

Oder waren es gar auch "dumme Gedanken", daß die Arbeiterschaft in der 1.Republik Anstrengungen unter-

nahm, sich gegen Reaktion und Faschismus zu bewaffnen ? Und bestand der folgenschwerste Fehler nicht gerade darin, daß diese Bewaffnung nicht konsequent betrieben wurde, nicht zielklar war, weil sich entscheidende Teile der Arbeiterklasse noch von den sozialdemokratischen Führern leiten ließen, die so weit es ging abwiegelten und schließlich alles nach Strich und Faden verrieten ?!

Hat denn nicht schon Lenin den "dummen Gedanken" unzweideutig ausgesprochen:

- "Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, ist nur wert, als Sklave behandelt zu werden."
- (Lenin, Werke Bd.23, S.93)

Die Sorgen, die den "Volksstimme"-Redakteur plagen, sind in Wirklichkeit die Sorgen der herrschenden Klasse. Und das zeigt, welche Funktion Kräfte wie die "K"PD haben: Sie heucheln "Verständnis" und bemühen sich, als "Linke" zu erscheinen, aber nur um abzuwiegeln, um zu verhindern, daß Menschen, die gegen die bestehenden Verhältnisse wirklich was machen wollen, auf "dumme Gedanken" kommen.

Es handelt sich bei dem Artikel des Herrn Gmundner nicht um eine einmalige Entgleisung, sondern dieser Artikel ist folgerichtiger Ausdruck der Tatsache, daß die "K"PD schon längst zu einer staatstragenden und staatserhaltenden Partei geworden ist. Deshalb war die "Volksstimme" auch gleich nach der gewaltsamen Räumung der zwei Häuser so besorgt darum, daß damit "Jugendliche weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt" würden ("VS", 12.8.1988).

Manchen erscheint die Muhri-Partei einfach zu "lasch", weil sie eine "traditionelle Partei" sei. Doch das wirkliche Problem ist, daß diese Partei schon längst aufgehört hat, eine "traditionelle", eine echte kämpferische kommunistische Partei zu sein. Marx und Engels haben ihr berühmtes "Manifest der Kommunistischen Partei" mit den Worten beendet:

- "Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."
- Proletarier aller Länder, vereinigt euch !"

Was ist davon bei der "K"PD geblieben ? Nichts, absolut nichts. Ihr könnt Jahrgang um Jahrgang der "Volksstimme" durchsehen, ihr Programm, Erklärungen usw., ihr werdet nichts finden vom wirklichen revolutionären Geist des Marxismus. Nein, diese Partei hat ihre Funktion völlig verändert. Aus der ehemaligen revolutionären Partei der Arbeiterklasse, die sich kraftvoll zur Diktatur des Proletariats bekannte und "Gewalt gegen Gewalt" unter ihr Programm schrieb, ist ein bürgerlicher Klub von Karriereisten, Geschäftemachern und Kartelleichen geworden.

Die praktischen Handlungen der "K"PD-Revisionisten, mit denen die Militanten immer wieder konfrontiert sind, entsprechen nur der politischen Funktion der Muhri-Partei als konterrevolutionäre Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung. Daraus erklärt sich zum Beispiel, daß "K"PD-"Ordner" auf Demonstrationen nicht Ketten bilden, um die Demonstration gegen die Polizei und faschistische Banden zu schützen, sondern um jegliches militantes Vorgehen zu verhindern (siehe Opernball, siehe Libyen-Demo...). Das ist auch der Hintergrund, warum völlig irreführend geschrien wird "Demonstranten und Polizisten, gemeinsam gegen Faschisten !", während sich immer wieder zeigt, daß Polizei und Faschisten in einer Front gegen die antifaschistischen Kräfte stehen. Und hier liegt auch der Grund dafür, daß die Muhringer eifrig in den Chor der Hetze gegen "ultralinke Chaoten" einstimmen.

Das gilt natürlich auch für die anderen Revisionisten, z.B. für die Marek-Fischer-Anhänger der GE. Diese geben sich gegenwärtig sehr "liberal" und stellten sogar anlässlich der Ereignisse um die Ägidi/Spalovskigasse "großzügig" eine Sondernummer der "akin" zur Verfügung. Aber sie tun das selbstverständlich nicht selbstlos. Vielmehr sehen sie darin ein Mittel, ihr zerschlissenes Image als "Linke" aufzupolieren, Gefühle der Dankbarkeit zu erzeugen und die Leute da-

durch an sich zu binden, vor allem aber auch um ihrerseits zu verhindern, daß die "jungen Leute" auf "dumme Gedanken" kommen.

Bei vielen dieser Leute handelt es sich um alte Renegaten des Kommunismus, welche ihre frühere Teilnahme oder Mitläuferschaft an der revolutionären Arbeiterbewegung, ihre "stalinistische Vergangenheit" kriecherisch "bereuen", jeglichem revolutionären Ziel ein für allemal abgeschworen haben und tunlichst darum besorgt sind, daß auch die engagierten "jungen Leute" in ihrem Unkreis nicht etwa auf "Abwege" geraten. Diese Figuren waren sich auch völlig einig mit den Muhri, Wimmer und Co., als es darum ging, nach dem XX. Parteitag der KPdSU die antirevisionistische Opposition in der KPd niederzumachen, die Anhänger der "Roten Fahne" aus der Partei auszuschließen und als "Provokateure" und "Dogmatiker" zu beschimpfen. Sie selbst haben sich anlässlich des Einmarsches der Truppen der russischen Sozialimperialisten und anderer revisionistisch-kapitalistischer Staaten nur von der "K"PD getrennt, um sich auf die Seite der pro-westlichen Reaktionäre zu schlagen.

Die Gefährlichkeit der Revisionisten aller Sorten besteht darin, daß sie sich als "Linke" und "Marxisten" verkleiden, um innerhalb des Proletariats, innerhalb antifaschistischer und anderer fortschrittlicher Bewegungen das zu besorgen, was die herrschende Klasse von außerhalb in dieser Weise nicht erreichen kann.

- "Die Praxis hat bewiesen, daß die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeois selbst. Hätten sie nicht die Führung der Arbeiter in ihrer Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten."
- (Lenin, Werke Bd.31, S.203)

Mit Recht hat Feuerbach denjenigen, die die Religion mit dem Argument verteidigen, daß sie den Menschen Trost spende, die reaktionäre Bedeutung des Tröstens vorgehalten: Wer den Sklaven tröstet, statt ihn zur Rebellion gegen die Sklaverei aufzurütteln, der unterstützt die Sklavenhalter.

Ausnahmslos alle unterdrückenden Klassen bedürfen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zweier sozialer Funktionen: der Funktion des Henkers und der Funktion des Pfaffen. Der Henker soll den Protest und die Empörung der Unterdrückten niederhalten. Der Pfaffe soll die Unterdrückten trösten, ihnen die Perspektiven einer Milderung der Leiden und Opfer bei Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ausmalen (das läßt sich besonders bequem tun, wenn man für die "Realisierbarkeit" solcher Perspektiven keine Gewähr leistet...) und sie eben dadurch mit dieser Herrschaft aussöhnen, sie revolutionärer Taten entwöhnen, ihren revolutionären Geist untergraben, ihre revolutionäre Entschlossenheit zerstören. (Lenin, Der Zusammenbruch der II.Internationale, 1915, LW 21, S.226)

Zur Auseinandersetzung um die Perspektiven von Hausbesetzungen

SICH AUF DEN KAMPF IN DEN BETRIEBEN ORIENTIEREN!

Die Solidarität mit den (ehemaligen) Bewohnerinnen und Bewohnern der zwei Häuser und die Unterstützung gerechter Kämpfe gegen Delogierungen und kapitalistische "Stadtsanierungspolitik" usw. schließt nicht aus, sondern macht es erforderlich, Fragen und Probleme offen aufzuwerfen und falsche Standpunkte und Orientierungen offen zu kritisieren.

Offensichtlich verbleibt völlig im Rahmen einer zutiefst reformistischen Politik, wer – zu Recht – gegen die verbrecherischen Methoden der Mietervertreibung protestiert, nur um durch Hausbesetzungen und Demonstrationen einfach einige Häuser zum Wohnen zu erhalten, als "Freiraum" für diverse Projekte oder gar "selbstbestimmtes Leben ohne äußere Zwänge".

In der Auseinandersetzung über Hausbesetzungen geht es uns aber auch nicht in erster Linie um jene, die glauben, daß es im Rahmen der kapitalistischen Herrschafts- und Produktionsverhältnisse Inseln einer "selbstbestimmten Existenz" geben könne. Solange diese "Ordnung" existiert gibt es nur eine einzige Form der "Selbstverwirklichung": das ist die maximale Teilnahme am revolutionären Kampf für den Sturz des Kapitalismus, für die proletarische Revolution. Das Bestreben, für sich selbst oder eine mehr oder weniger große Gruppe nur eine "Nische" im kapitalistischen System zu suchen, hat in Wirklichkeit sehr wenig mit "Selbstverwirklichung" zu tun, sehr viel aber mit Egoismus.

In der Auseinandersetzung wenden wir uns dagegen in erster Linie an jene, die meinen, daß die "Selbstorganisation auf dem Territorium" (Mieterkomitees, Basisinitiativen gegen die Verelendung in den Stadtrandvierteln etc.) heute und in nächster Zukunft der entscheidende Hebel für die Ausdehnung und Verstärkung des Kampfes gegen das Kapital sein könnte und aus diesen heute vereinzelt Elementen des Widerstandes gar "Organe der Gegenmacht" werden könnten (vgl. dazu das Papier: "Wohnungsfrage, Häuserkampf und Autonome", abgedruckt u.a. in: "Die schwarze Distel" Nr.6).

Wir können hier nicht auf die Erfahrungen der Hausbesetzungen in Frankfurt/M., Westberlin, Hamburg, Amsterdam, in Italien usw. eingehen, die sicherlich genau ausgewertet werden müssen.* Wir müssen uns folglich auf einige grundsätzliche Feststellungen beschränken.

Zunächst geht es um die Einschätzung des Stellenwerts der Wohnungsfrage. Die Wohnungsnot der Arbeiterschaft und eines Teils des Kleinbürgertums, vor allem in den großen Städten, ist "einer der zahllosen k l e i n e n , sekundären Übelstände", die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen (vgl. Engels, "Zur Wohnungsfrage", MEW 18, S.214). Das Grundübel und der Eckstein der kapitalistischen "Ordnung" ist aber die Ausbeutung der Arbeiterklasse, die Mehrwertproduktion.

Deshalb halten wir es auch für falsch, wenn es in dem schon erwähnten Papier heißt, daß im Zuge der zügellosen Angriffe auf die Arbeits- und Reproduktionsverhältnisse des Proletariats "die Wohnungsfrage immer mehr an unmittelbarer Bedeutung" gewinne.

Die verschärften Attacken der staatlichen und privaten Unternehmer in Österreich z.B. haben keineswegs die Wohnungsfrage im Vergleich zu anderen Fragen in den Vordergrund treten lassen. Viel entscheidender ist die Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben, die kapitalistische "Rationalisierung", die einerseits die Arbeitshetze erhöht, d.h. die Herauspressung von Mehrwert verstärkt, andererseits zu Massenentlassungen und erhöhter Arbeitslosigkeit führt. Die Intensivierung der Ausbeutung erfolgt dabei auch begleitet von einem umfassenden Sozialabbau, "Flexibilisierung" und Ausdehnung der Arbeitszeit usw.

* In unserem Schwesterorgan "GEGEN DIE STRÖMUNG", Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands, ist in der Nr.38 ein Artikel "Zum 'Häuserkampf' im Frankfurter Westend Anfang der 70er Jahre o d e r warum Reformismus so leicht zu Antisemitismus führen kann" erschienen.

Und hier liegt zum großen Teil auch die Ursache der Verschärfung der Wohnungsfrage, weil durch Lohnraub, Arbeitslosigkeit in der Folge auch die Mieten und Raten nicht mehr bezahlt werden können.

Deshalb wird unserer Meinung nach auch eine ganz falsche Orientierung gegeben, wenn es in dem erwähnten Papier heißt:

"Heute kann das Terrain unseres Kampfes noch nicht die Fabrik sein. Es geht darum, die Versuche des Kapitals, die soziale Kontrolle in den Wohnvierteln zu verstärken und die subversiven Regungen der Proletarier präventiv zu integrieren, zu bekämpfen. Dazu werden wir nur imstande sein, wenn wir unsere Kämpfe mit den oft zu wenig beachteten der Mieter, der Obdachlosen und der unmittelbar Betroffenen der Sanierungspolitik verbinden."

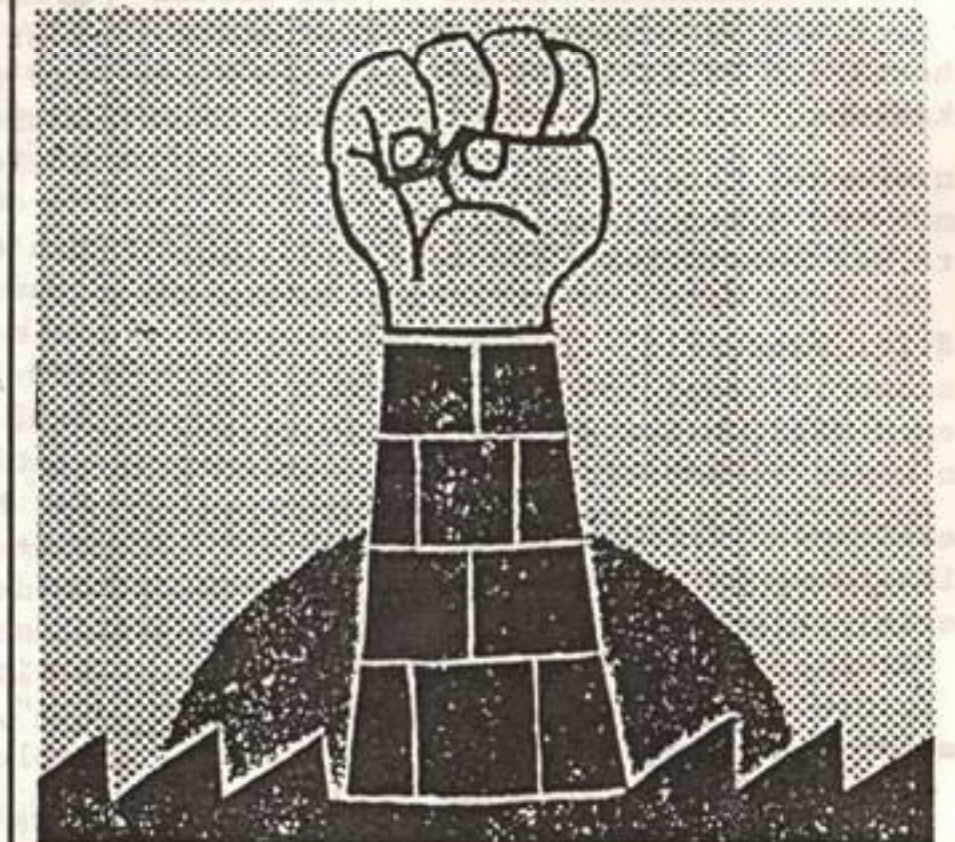
Auch für die Marxisten-Leninisten ist heute die Fabrik noch nicht das "Terrain" des Kampfes – doch leider! Es geht nicht darum, die Schwierigkeiten abzustreiten, in den Betrieben Fuß zu fassen, dort revolutionäre Zellen aufzubauen usw. Vielmehr handelt es sich darum, auf die Notwendigkeit der Orientierung der revolutionären politischen Arbeit auf das Proletariat, v.a. auf das Industrieproletariat der Großbetriebe, hinzuweisen. Denn hier und nur hier liegt jene große Kraft, die der Bourgeoisie ernstlich gefährlich werden kann, wenn sie sich zum entschlossenen Klassenkampf erhebt.*

* Gefährlich ist auch die bereits angeführte Ansicht, daß aus Mieterkomitees, Basisinitiativen usw. schließlich "Organe der Gegenmacht" würden, sich also eine Doppelherrschaft herausbilden könnte. Damit werden Illusionen geschürt, weil derartige Organisationen des Volkes in Wirklichkeit keine politische Macht haben – Die politische Macht "kommt aus den Gewehrläufen", wie Mao Tse-tung die Grunderkenntnis des Marxismus-Leninismus darüber einmal ausdrückte. Die Doppelherrschaft, die in Rußland für kurze Zeit nach der Februarrevolution 1917 bestand, war nur möglich, weil die Arbeiterklasse durch den Februaraufstand zuvor bewaffnet war und über bewaffnete Machtorgane verfügte. Die revisionistischen, trotzkistischen Konzeptionen der "schrittweisen Machtergreifung", sei es über "Mitbestimmung" oder eine verdrehte Konzeption von "Arbeiterkontrolle" verfälschen die historischen Erfahrungen der Revolution in Rußland. (Vgl. dazu auch RF 230 "Zur Frage der Arbeiterkontrolle").

Die ganze Atmosphäre in Österreich ist immer noch davon geprägt, daß es den Herrschenden bisher mittels der ÖGB-Führer und einem ganzen Heer bestochener Arbeiteraristokraten und -bürokraten gelungen ist, betriebliche Kämpfe, und seien es auch nur ernsthafte Lohnstreiks, zu verhindern.

Die ungeheure Schwäche der fortschrittlichen sozialen Bewegungen in Österreich hängt sehr weitgehend damit zusammen, daß sie nicht mit den Betrieben verbunden sind, daß darin die kämpferische Arbeiterbewegung kein Faktor und nicht deren Rückgrat ist.

Die großen Schwierigkeiten für die Revolutionäre, für die Marxisten-Leninisten, ergeben sich heute und in Zukunft ohne Zweifel auch daraus, daß die kapitalistischen Machthaber die Kernbereiche der kapitalistischen Ausbeutung besonders gut abgesichert haben und mit allen Mitteln versuchen, den revolutionären "Bazillus" von den Betrieben fernzuhalten. Aber gerade wegen dieser zentralen Bedeutung wäre es fatal, dieses entscheidende Kampffeld aus der eigenen Kampfperspektive absehbar auszublenden. Das würde bedeuten, den Kerntrupp der proletarischen Revolution in den Fängen der reformistischen Lakaien des Kapitals zu belassen. Genau das ist jedoch die Konsequenz der oben zitierten Position, die den Kampf der Leute der Ägidigasse zwar mit den Kämpfen anderer Mieter, Obdachloser usw. verbinden will, aber die Notwen-



Aus den Betrieben selbst muss der Widerstand kommen!

digkeit besonders der Verbindung mit Initiativen und Kämpfen in den Fabriken in eine unbestimmte Zukunft von sich schiebt.

Daß die Arbeit auf diesem wichtigsten Sektor am schwierigsten ist, kann kein Argument dafür sein, sie bleiben zu lassen und stattdessen auf Randgebiete auszuweichen.

Fassen wir zusammen:

Vor allem geht es um die nötige ideologische und politische Orientierung eines vorwärtsführenden Kampfes gegen das Kapital, um die Perspektive der Entwicklung eines wirklich revolutionären Klassenkampfes, der den Kampf des Proletariats vor allem in den Großbetrieben als entscheidende Grundlage hat. Es ist ganz klar, daß dahinter ganz fundamentale Fragen stehen, nämlich die nach der revolutionären historischen Mission des Proletariats, die Diskussion über Proletarisierung und "Entproletarisierung" usw.

Zweitens geht es darum, daß die Revolutionäre, die Marxisten-Leninisten, nur durch die ununterbrochene und verstärkte Entlarvung der Arbeiterfeinde und Arbeiterverräter aller Sorten an das Proletariat "herankommen" können, weil nur durch die Brechung des bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterschaft die proletarische Ideologie und Politik Fuß fassen kann.

Drittens handelt es sich darum, daß es auch heute Möglichkeiten gibt, um Schritte in diese Richtung zu unternehmen, wenn, ja wenn nur die Notwendigkeit davon begriffen wird. Dann werden schon Formen gefunden werden können, auf Demonstrationen das Feld nicht einfach den Berufsreformisten zu überlassen, es kann versucht werden, durch Flugblattaktionen und Plakate Verbindungen in die Betriebe hinein zu bekommen (z.B. beim Studentenstreik im Herbst gab es Ansätze dazu).

★

"Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausbezahlt erhält, so fallen die andern Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw."

Marx/Engels, "Manifest der Kommunistischen Partei", MEW 4, S.469, 1848

Die Tendenz zur verschärften Ausplünderung der Volksmassen im Kapitalismus zeigt sich gerade auch in der Wohnungsfrage. Einige Fakten sollen das verdeutlichen:

● Bereits 1980 betrugen die Wohnungskosten für die Einkommensschwächsten (die Kosten für Kauf und Verbesserungsarbeiten einberechnet) ein Drittel des monatlichen Nettoeinkommens;

● Inzwischen haben stagnierendes Realeinkommen und Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und enorm steigende Wohnungskosten auf der anderen das Problem noch verschärft: Während die Preise im Schnitt zwischen 1976 und 1986 um die Hälfte gestiegen sind, haben sich die Wohnungskosten sogar verdoppelt.

● Bezeichnend für den Parasitismus des Kapitalismus in seinem monopolistischen, imperialistischen Stadium ist auch, daß die "Besitzeinkommen" wie Zinseinkünfte und Erlöse aus Vermietung und Verpachtung am meisten anstiegen. Allein in 15 Jahren mit sozialdemokratischer Regierung von 1970 bis 1985 stiegen die Besitzeinkommen auf das Achtfache. 1985 nahmen die Rentiers aus Zinsen, Dividenden, Miet-

und Pachteinnahmen über 80 Milliarden S ein - das entspricht etwa dem Gesamteinkommen der 800.000 Arbeiterinnen und Arbeiter und anderer Werktätiger, die am schlechtesten verdienen.

● Auch in der Wohnungspolitik zeigt sich klar, daß die SP-Regierungen nichts anderes als "moderne" Sachwalter des Monopolkapitalismus sind. In ihrer Oppositionsrolle kritisierte die SPÖ das Mietgesetz der ÖVP von 1967, das einen Einbruch in den Kündigungsschutz und weitere Preiserhöhungen bei Mieten brachte, als das damals "unsozialste seit 1945". Als die SPÖ 1970 aber selbst an die Regierung kam, führte sie eben dieses Gesetz im wesentlichen unverändert fort. Mehr noch, das Mietrechtsgesetz 1982 brachte insgesamt eine weitere Verteuerung der bestehenden Mieten. Durch ein "differenziertes ökonomisches Anreizsystem" sollten Hausbesitzinvestitionen sich "wieder lohnen", d.h. Hausbesitz wurde noch rentabler gemacht.

(Daten entnommen aus: Ernst/Federspiel/Langbein: Sozialstaat Österreich - Bei Bedarf geschlossen. Wien 1987).

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus der Schrift "Zur Wohnungsfrage" von Friedrich Engels ab. Gegen den kleinbürgerlichen Reformismus Proudhons zeigt Engels darin, wie die Wohnungsfrage vom proletarischen Klassenstandpunkt aus revolutionär gestellt und gelöst werden muß.

Für die eingehende Auseinandersetzung mit dieser Frage ist selbstverständlich das Studium und die Debatte der ganzen Schrift nötig. Die vollständige Lektüre dieses wichtigen Werks des wissenschaftlichen Sozialismus ist umso mehr zu empfehlen, weil darin auch eine ganze Fülle von grundlegenden Fragen angesprochen werden.

Schließlich ist die Schrift auch hochaktuell, weil kleinbürgerlich-reformistische Ideen à la Proudhon vor dem Hintergrund des Verrats der modernen Revisionisten Wiederauferstehung feiern und z.B. in der "autonomen" Bewegung nicht unwesentlichen Einfluß haben.

FRIEDRICH ENGELS Zur Wohnungsfrage

Die sogenannte Wohnungsnot, die heutzutage in der Presse eine so große Rolle spielt, besteht nicht darin, daß die Arbeiterklasse überhaupt in schlechten, überfüllten, ungesunden Wohnungen lebt. Diese Wohnungsnot ist nicht etwas der Gegenwart Eigentümliches; sie ist nicht einmal eins der Leiden, die dem modernen Proletariat, gegenüber allen frühern unterdrückten Klassen, eigentümlich sind; im Gegenteil, sie hat alle unterdrückten Klassen aller Zeiten ziemlich gleichmäßig betroffen. Um dieser Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen. - Was man heute unter Wohnungsnot versteht, ist die eigentümliche Verschärfung, die die schlechten Wohnungsverhältnisse der Arbeiter durch den plötzlichen Andrang der Bevölkerung nach den großen Städten erlitten haben; eine kolossale Steigerung der Mietspreise, eine noch verstärkte Zusammendrängung der Bewohner in den einzelnen Häusern, für einige die Unmöglichkeit, überhaupt ein Unterkommen zu finden. Und diese Wohnungsnot macht nur soviel von sich reden, weil sie sich nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt, sondern auch das Kleinbürgertum mit betroffen hat.

Die Wohnungsnot der Arbeiter und eines Teils der Kleinbürger unserer modernen großen Städte ist einer der zahllosen kleineren, sekundären Übelstände, die aus der heutigen kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen. Sie ist durchaus nicht eine direkte Folge der Ausbeutung des Arbeiters, als Arbeiter, durch den Kapitalisten. Diese Ausbeutung ist das Grundübel, das die soziale Revolution abschaffen will, indem sie die kapitalistische Produktionsweise abschafft. Der Eckstein der kapitalistischen Produktionsweise aber ist die Tatsache: daß unsere jetzige Gesellschaftsordnung den Kapitalisten in den Stand setzt, die Arbeitskraft des Arbeiters zu ihrem Wert zu kaufen, aber weit mehr als ihren Wert aus ihr herauszuschlagen, indem er den Arbeiter länger arbeiten läßt, als zur Wiederverzeugung des für die Arbeitskraft gezahlten Preises nötig ist. Der auf diese Weise erzeugte Mehrwert wird verteilt unter die Gesamtklasse der Kapitalisten und Grundeigentümer, nebst ihren bezahlten Dienern, vom Papst und Kaiser bis zum Nachtwächter und darunter. Wie diese Verteilungsmacht, geht uns hier nichts an; soviel ist sicher, daß alle, die nicht arbeiten, eben nur leben können von Abfällen dieses Mehrwerts, die ihnen auf die eine oder andere Art zufließen. (Vergleiche Marx, „Das Kapital“, wo dies zuerst entwickelt.)

Die Verteilung des durch die Arbeiterklasse erzeugten und ihr ohne Bezahlung abgenommenen Mehrwerts unter die nicht arbeitenden Klassen wickelt sich ab unter höchst erbaulichen Zänkereien und gegenseitiger Beschwindelung; soweit diese Verteilung auf dem Wege des Kaufs und Verkaufs vor sich geht, ist einer ihrer Haupthebel die Prellerei des Käufers durch den Verkäufer, und diese ist im Kleinhandel, namentlich in den

großen Städten, jetzt eine vollständige Lebensbedingung für den Verkäufer geworden. Wenn aber der Arbeiter von seinem Krämer oder Bäcker am Preis oder an der Qualität der Ware betrogen wird, so geschieht ihm das nicht in seiner spezifischen Eigenschaft als Arbeiter. Im Gegenteil, sowie ein gewisses Durchschnittsmaß von Prellerei die gesellschaftliche Regel an irgendeinem Orte wird, muß sie auf die Dauer ihre Ausgleichung finden in einer entsprechenden Lohnerhöhung. Der Arbeiter tritt dem Krämer gegenüber als Käufer auf, d.h. als Besitzer von Geld oder Kredit, und daher keineswegs in seiner Eigenschaft als Arbeiter, d.h. als Verkäufer von Arbeitskraft. Die Prellerei mag ihn, wie überhaupt die ärmere Klasse, härter treffen als die reicheren Gesellschaftsklassen, aber sie ist nicht ein Übel, das ihn ausschließlich trifft, das seiner Klasse eigentümlich ist.

Geradeso ist es mit der Wohnungsnot. Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andre. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihrer Stelle. Der Bonapartismus hat durch seinen Haussmann in Paris¹ diese Tendenz aufs kolossalste zu Schwindel und Privatbereicherung ausgebeutet; aber auch durch London, Manchester, Liverpool ist der Geist Haussmanns geschritten, und in Berlin und Wien scheint er sich ebenso heimisch zu fühlen. Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen.

Diese Mietsnot trifft den Arbeiter also sicher härter als jede wohlhabendere Klasse; aber sie bildet, ebensowenig wie die Prellerei des Krämers, einen ausschließlich auf die Arbeiterklasse drückenden Übelstand, und muß, soweit sie die Arbeiterklasse betrifft, bei gewissem Höhegrad und gewisser Dauer, ebenfalls eine gewisse ökonomische Ausgleichung finden.

Es sind vorzugsweise diese der Arbeiterklasse mit andern Klassen, namentlich dem Kleinbürgertum, gemeinsamen Leiden, mit denen sich der kleinbürgerliche Sozialismus, zu dem auch Proudhon gehört, mit Vorliebe beschäftigt...

Woher kommt nun die Wohnungsnot? Wie entstand sie? Herr Sax darf als guter Bourgeois nicht wissen, daß sie ein notwendiges Erzeugnis der bürgerlichen Gesellschaftsform ist; daß eine Gesellschaft nicht ohne Wohnungsnot bestehen kann, in der die große arbeitende Masse auf Arbeitslohn, also auf die zu ihrer Existenz und Fortpflanzung notwendige Summe von Lebensmitteln, ausschließlich angewiesen ist; in der fortwährend neue Verbesserungen der Maschinerie usw. Massen von Arbeitern außer Arbeit setzen; in der heftige, regelmäßig wiederkehrende industrielle Schwankungen einerseits das Vorhandensein einer zahlreichen Reservearmee von unbeschäftigten Arbeitern bedingen, andererseits zeitweilig die große Masse der Arbeiter arbeitslos auf die Straße treiben; in der Arbeiter massenhaft in den großen Städten zusammengedrängt werden, und zwar rascher, als unter den bestehenden Verhältnissen Wohnungen für sie entstehen, in der also für die infamsten Schweineställe sich immer Mieter finden müssen; in der endlich der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, nicht nur das Recht, sondern, vermöge der Konkurrenz, auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum rücksichtslos die höchsten Mietpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mitsamt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird.

(Aus: Marx-Engels-Werke Bd.18, S.213-215, 236)

ZUM PROZESS GEGEN GENOSSEN WALTER HOFMANN,

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR VON "GEGEN DIE STRÖMUNG"

Am 22. Juni 1988 fand vor dem Frankfurter Amtsgericht der Prozeß gegen Genossen Walter Hofmann, verantwortlicher Redakteur von "Gegen die Strömung", wegen "Verächtlichmachung des Staates und seiner Symbole" statt.

Vorausgegangen waren im vergangenen Jahr Festnahme mit vorgehaltener Pistole, Hausdurchsuchung und Beschlagnahme des Flugblatts "Kampf der Volkszählung" und von Plakaten und Aufklebern, die in Westdeutschland weit verbreitet worden waren. (Vgl. RF 227 dazu).

Der Gerichtssaal im Frankfurter Amtsgericht war nahezu überfüllt: um die 40 Zuschauer und Zuschauerinnen verfolgten den Prozeß mit Interesse und Sympathie für den Angeklagten. Zahlreich vertreten waren auch die Vertreter der örtlichen Presse sowie Hörfunk- und Kamerteams des Hessischen Rundfunks.

Walter Hofmann wurde zu 30 Tagessätzen à 10 DM (S 2100) verurteilt, weil er die ungebrochene Tradition zwischen dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus zur Nazi-Zeit und dem Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus, insbesondere in der Frage der Volkszählung, aufgezeigt hatte. Die dabei verwendete Karikatur - Reichsadler und Bundesadler eng umschlungen und sich inniglich küssend - wertete das Gericht als "Gleichsetzung beider Systeme". Darin sah der Richter eine strafbare "Verächtlichmachung des Staates und seiner Symbole". Genosse Walter Hofmann hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Wir empfehlen den Leserinnen und Lesern



40 Seiten S 25,-

der RF die Dokumentation zum Prozeß gegen Walter Hofmann, welche die Rede von Walter Hofmann vor Gericht und weitere Materialien zum Prozeß enthält.

In der Tat, was bleibt von der Preßfreiheit, wenn man das, was die öffentliche Verachtung verdient, nicht mehr der öffentlichen Verachtung preisgeben darf?

Karl Marx, "Der preußische Preßgesetzentwurf", Werke Band 5, S. 241.

SOLIDARITÄTSEKTLÄRUNG MIT GENOSSEN WALTER HOFMANN,

REDAKTEUR VON "GEGEN DIE STRÖMUNG", ANLÄSSLICH DES STRAFPROZESSES

AM 22. JUNI 1988

Die Klassenjustiz des westdeutschen Imperialismus hat Genossen Walter Hofmann angeklagt, "die Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht zu haben".

Damit wird die Wahrheit reaktionär verdreht. Denn die "Bundesrepublik Deutschland", d.h. der Staat des westdeutschen Imperialismus muß wirklich nicht durch "Beschimpfung" erst "verächtlich gemacht" werden. Die Wahrheit über diesen Staat aussprechen und verbreiten, die Tatsachen der Verbrechen der herrschenden Klasse Westdeutschlands aufzeigen, bedeutet notwendig, zu zeigen, daß dieser Staat mit allem, was er repräsentiert und macht, verächtlich ist, daß er nur wert ist, in der proletarischen Revolution zer schlagen zu werden!

Mit dem Strafprozeß gegen Genossen Walter Hofmann soll die Verbreitung der Wahrheit unterdrückt werden, daß zwischen der Volkszählung der Hitlerfaschisten 1939 und der Volkszählung des westdeutschen Imperialismus 1987 tatsächlich eine ungebrochene Tradition besteht, die in der graphischen Verbindung zwischen dem "Reichsadler" des deutschen Faschismus und dem "Bundesadler" des westdeutschen Imperialismus graphisch sinnfällig dargestellt wird.

Im Vorgehen der bundesdeutschen Klassenjustiz selbst zeigt sich die ungebrochene Kontinuität imperialistischer Herrschaft vom Hitlerfaschismus bis heute. Während der SS-Mann Wolfgang Otto, der auf direkte Weisung Hitlers den Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, ermordete, in der Bundesrepublik noch immer auf freiem Fuß ist und den Schutz der Staatsorgane genießt, während im Maidanek-Prozeß hohnsprechend geringe Urteile verhängt wurden, werden Antifaschisten, Revolutionäre und Marxisten-Leninisten mit rücksichtsloser Härte verfolgt.

Hinter dem Prozeß gegen Genossen Walter Hofmann steht der Haß der Herrschenden in Westdeutschland gegen das marxistisch-leninistische Organ GEGEN DIE STRÖMUNG. Diese erneute Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahme zeigt, daß die konsequente Entlarvung der Verbrechen und der unverändert aggressiven und kriegstreiberischen Ziele des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus die westdeutschen Machthaber wirklich trifft und sie entschieden stört.

Wie auch immer dieser Prozeß ausgehen mag. Ganz gewiß wird sich dadurch nichts an der unversöhnlichen und revolutionären Haltung von GEGEN DIE STRÖMUNG zum Todfeind der proletarischen Revolution in Westdeutschland, an der Entschlossenheit zum prinzipienfesten Kampf für den Aufbau einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei als entscheidendes Instrument des Proletariats zur gewaltsamen Zerschlagung des Staats des westdeutschen Finanzkapitals in der siegreichen proletarischen Revolution ändern.

Als Marxisten-Leninisten Österreichs solidarisieren wir uns leidenschaftlich mit Genossen Walter Hofmann und allen Genossinnen und Genossen von GEGEN DIE STRÖMUNG.

NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ !

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !

NIEDER MIT DEM ÖSTERREICHISCHEN IMPERIALISMUS !

ÖSTERREICHISCHE SOLDATEN- RAUS AUS ANDEREN LÄNDERN !

In der letzten Zeit häufen sich nicht nur die polizeistaatlichen Maßnahmen und Entwicklungen im Inneren Österreichs. Auch außenpolitisch häufen sich die Tatsachen eines verstärkten imperialistischen Engagements Österreichs in aller Welt. Dies gilt besonders für die Entsendung von noch mehr österreichischen Soldaten und Polizisten in verschiedene "Krisenregionen". Österreich steht unter den 23 Staaten, welche für die "friedenserhaltenden Operationen" der UNO Truppen zur Verfügung stellen, bereits an 2. Stelle. Letzte Meldung ist, daß österreichische Polizisten nunmehr auch nach Namibia geschickt werden sollen.

UNO-Ersuchen an Österreichs Regierung:

Wir sollen Polizisten nach Namibia senden

Wien/New York (d.k.). — Das UNO-Generalsekretariat hat jetzt angefragt, ob Österreich bereit wäre, ein Kontingent von 50 Polizeibeamten nach Namibia zu entsenden. Innen- und Außenminister sind einverstanden.

Von offizieller Seite wird das begründet und gerechtfertigt mit Hinweisen darauf, daß Österreich ein neutrales Land sei, das in den kriegerischen Konflikten auf der Welt "unparteilich" sei. Österreich sei zu internationalen Vermittlungsmissionen geradezu berufen, weil seine politischen Entscheidungsträger auch im eigenen Land hervorragend verstehen würden, auf dem Verhandlungswege Konflikte zu dämpfen und friedlich auszutragen. Warum sollen also nicht auch die Menschen in anderen Ländern von den Verhandlungskünstlern der österreichischen "Sozialpartnerschaft" profitieren ?!

Dieses Harmoniegeschwätz ist in der Außenpolitik jedoch nicht minder verlogen wie in der Innenpolitik. Das zeigt die nähere Betrachtung, welcher Art die "Friedensmissionen" der UNO sind bzw.

gewesen sind, zu denen österreichische Soldaten und Polizisten entsandt werden.

DIE WIRKLICHE MISSION DER ÖSTERREICHISCHEN "BLAUHELM": SICHERUNG IMPERIALISTISCHER INTERESSEN GEGEN NATIONALE UND SOZIALE BEFREIUNG

Angesichts dessen, daß das Ausmaß und der Charakter des österreichischen militärischen Engagements in anderen Ländern auch unter fortschrittlich und antiimperialistisch eingestellten Menschen sträflich unterschätzt und oftmals bagatellisiert wird, ist es nötig, einen Überblick über die wichtigsten Fakten dieses Engagements zu geben.

● TEILNAHME AN DER NIEDERSCHLAGUNG DES NATIONALEN BEFREIUNGSKAMPFS IN KONGO

"Es begann in Afrika...", schreibt "Die Presse" in einem Artikel über Österreichs Truppen in anderen Ländern, der die bezeichnende Überschrift trägt: "Fest in der Hand der Österreicher". Demnach beteiligte sich das Bundesheer 1960 an einer "UNO-Friedensmission", "als der selbständig gewordene ehemalige Belgisch-Kongo gegen Angriffe von außen und Sezessionsbewegungen im Inneren bewahrt werden sollte" ("Die Presse", 6.6.1988).

Österreichische Truppen zur Verteidigung der Unabhängigkeit eines vormals kolonialen Landes ? — Das Gegenteil ist wahr !

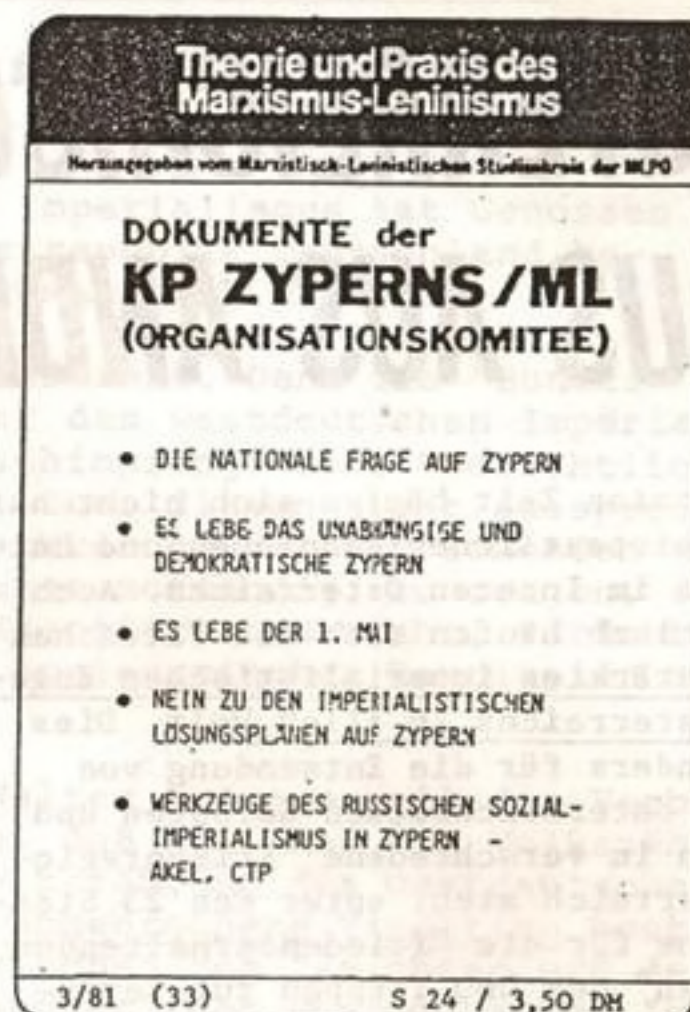
Am 30. Juni 1960 erlangte die belgische Kolonie Kongo ihre Unabhängigkeit. Eine Regierung unter der Führung Lumumbas wurde gebildet. Doch kurz danach setzten die USA im UNO-Sicherheitsrat den (neo-)kolonialistischen Beschluß durch, eine UNO-Streitkraft zur militärischen Intervention im Kongo zu entsenden, um dort die angeblich bedrohte "Ordnung" aufrecht zu erhalten. Zu gleicher Zeit wurden ei-

ne Unzahl von US-Kolonialisten und deren Agenten in das Land entsandt. Hand in Hand mit den belgischen Aggressionstruppen und Söldnerbanden arbeitend, unterstützten die "UNO-Truppen" unter amerikanischer Führung den Sturz der Regierung von Patrice Lumumba und den bewaffneten Staatsstreich Mobutus.*Lumumba wurde nach grausamen Folterungen ermordet. Unter den Volksmassen Kongos fanden entsetzliche Gemetzel statt, an denen auch SS-Banditen, darunter auch österreichischer Herkunft, als Söldner teilnahmen. (Vgl. ausführlich dazu in RF 26 und RF 29)

● "FRIEDENSMISSION" AUF ZYPERN: GEMETZEL, VERTREIBUNG UND TEILUNG IM INTERESSE DES IMPERIALISMUS

Auf Zypern sind österreichische Truppen seit 1963 stationiert, insgesamt über 10.000 Mann bisher ("Die Presse", 6.6.88). Zypern, das bis 1960 eine Kolonie des britischen Imperialismus war, hat aufgrund seiner Lage für die imperialistischen Mächte als "unsinkbarer Flugzeugträger" eine enorme strategische Bedeutung. Dementsprechend versucht jede der imperialistischen Großmächte, inklusive der heutigen sozialimperialistischen UdSSR, sich die Insel als Stützpunkt und Einflußsphäre zu sichern. 1974 erfolgte ein US-gesteuerter Putschversuch gegen Makarios, der in erster Linie Lakai des britischen Imperialismus war. Der Putsch schlug fehl, kurz darauf marschierte die türkische Armee unter dem Oberbefehl des Sozialdemokraten Ecevit ein. Nun wurde der schon aus den Fünfzigerjahren stammende Plan der "zweiseitigen Enosis" realisiert, d.h. die Insel wurde geteilt. Dieser Plan wurde praktisch von allen imperialistischen Großmächten unter-

* Bezeichnend ist die Rolle der modernen Revisionisten dabei gewesen. Am 13. Juli 1960 gab die UdSSR einer Resolution des Sicherheitsrats der UNO ihre Stimme, wonach UNO-Truppen nach Kongo entsandt wurden. Die Sowjetunion stellte auch den Truppen der UNO Transportmittel zur Verfügung. In einem Telegramm an Lumumba vom 15. Juli stellte Chruschtschow fest: "Der Sicherheitsrat der UNO hat eine nützliche Arbeit geleistet." (Vgl. dazu ausführlich in: "Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", 4. Kommentar der Redaktionen der "Remin Ribao" und der Zeitschrift "Hongqi" der KP Chinas: "Die Verfechter des neuen Kolonialismus", S.223/224).



stützt, weil sie sich davon eine Verstärkung ihres Einflusses dort versprochen bzw. damit gesichert sahen, daß die Insel nicht unter der alleinigen Kontrolle eines ihrer Rivalen stehen würde. Eben um diesen neuen "status quo" zu sanktionieren, wurde der UNO ein erneutes Mandat übertragen.*

Nachdem der versuchte faschistische Staatsstreich 1974 bereits den Tod tausender Zyprioten verursacht hatte, bedeutete die faschistische Okkupation des Nordteils der Insel durch die türkische Armee die Vertreibung von Hunderttausenden von ihren Heimen und Feldern. Die "Mission" des UNO-"Friedenskorps" besteht darin, diese Aggression und nationale Versklavung abzusichern.

* Im Mai 1988 erschöß ein österreichischer Leutnant unter dem Kommando des österreichischen Kommandanten der Zypern-UNO-Truppen, Generalmajor Greindl, einen zypriotischen Bauern - angeblich in Notwehr. Die revisionistische "Volksstimme" plapperte die offizielle Notwehr-Darstellung in einem Kommentar vom 25.5.88 diensteifrig nach. Das Muhri-Blatt rechtfertigte ganz offen, daß österreichische Soldaten heute in anderen Ländern in imperialistischer Funktion Menschen töten. Die "KP"-Revisionisten stellen sich überhaupt hinter die "Mission" des österreichischen Bundesheeres in anderen Ländern und beweisen auch damit ihre Lakaienrolle.

● TEILNAHME ÖSTERREICHISCHER SOLDATEN AN DER VERTREIBUNG UND UNTERDRÜCKUNG DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES

Seit 1967 sind österreichische Soldaten auch in Syrien, Ägypten und anderen Gebieten dieser Region stationiert, um den "Waffenstillstand" zwischen Israel und arabischen Staaten zu "überwachen". Zahlenmäßig am stärksten vertreten ist Österreich überhaupt am Golan, wo zirka 600 österreichische Soldaten einen Abschnitt der "Pufferzone" besetzt halten.

Unzählige Male hat sich gezeigt, daß die UNO-Soldaten die Aggressionen und Massaker der israelischen Armee am palästinensischen Volk nicht im geringsten verhindern haben und offensichtlich auch garnicht diese Funktion haben. Die Stationierung dieser Truppen ist kein Beitrag, um dem palästinensischen Volk zu seinem Recht zu verhelfen, sondern dient dazu, den nach den israelischen Annexionen geschaffenen Zustand zu konservieren, ist also eine Maßnahme zur Verlängerung der Ungerechtigkeit und richtet sich direkt gegen das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.*



Solche und andere "molze" Meldungen über die "Leistungen" der österreichischen Soldaten in Nahost wie die nebenstehende aus dem "KURIER" werfen ein bezeichnendes Licht auf die Rolle, die sie dort spielen!

● TEILNAHME AN UNO-TRUPPEN, DIE DAS GEMETZEL DES GOLFKRIEGS UND DIE MASSAKRIERUNG DES KURDISCHEN VOLKES "KONTROLLIEREN"

Seit 8 Jahren tobt zwischen Iran und Irak ein Krieg, der mindestens 1 Million Menschen das Leben kostete, noch mehr verstümmelte. Bei diesem Krieg ging und

* Hier muß allerdings auch betont werden, daß nicht nur die reaktionären Machthaber Israels und ihre Armee das palästinensische Volk unterdrücken. Riesige Massaker haben z.B. auch die reaktionären Regimes in Jordanien ("schwarzer September") oder in Syrien (Armee und pro-syrische Amal-Milizen) unter den Palästinensern verübt. Der ganze Themenkomplex der Palästinafrage muß in Zukunft noch sehr genau ausgearbeitet werden.

geht es von Anfang an nicht nur um die expansionistischen und chauvinistischen Ziele der vom Imperialismus abhängigen Regimes im Iran und im Irak. Dieser Krieg hätte keine paar Wochen geführt werden können, wenn dahinter nicht die Interessen imperialistischer Mächte gestanden hätten: Rivalität um Vorherrschaft in dieser strategisch zentralen Region, Kampf um die Kontrolle der Ölreserven, praktische Erprobung der allerneuesten Waffensysteme, von verheerenden Giftgaskampfstoffen usw. Um die Erfahrungen des Einsatzes der Waffen und um die ganze Situation kontrollieren zu können, wurde in den beiden kriegführenden Staaten eine "UN-Inspection" errichtet. Die Imperialisten waren nämlich der Ansicht, "daß es gegen die Interessen der industriellen Demokratien (und vielleicht auch gegen die Sowjetunion) ist, wenn eine der beiden Seiten einen entscheidenden Sieg erringt" (Kissinger in "Kurier", 25.6.87).

Angeichts einer gewissen Erschöpfung beider kriegführenden Seiten arbeiteten die Imperialisten verstärkt darauf hin, dem Krieg zumindest eine Atempause zu verschaffen, insbesondere auch, um Revolten der Bevölkerung gegen den reaktionären Krieg zu verhüten. Schon vor einem Jahr verkündete z.B. Kissinger öffentlich, das Ziel müsse nunmehr darin bestehen, den Iran-Irak-Krieg zu einem Ende zu bringen: "In Verfolgung dieses Zieles sollten die Waffenstillstandsbestrebungen des UNO-Sicherheitsrates verstärkt werden." (Vgl. "Kurier", 25.6.87)

Hinter den UNO-Aktivitäten zur Beendigung des Krieges stehen also keineswegs die Interessen der Völker dieser Region, sondern imperialistische Interessen. Das zeigt sich besonders daran, daß der vorläufige imperialistische Frieden nicht nur vom Iran und vom Irak, sondern auch von der Türkei und Syrien massiv für die Intensivierung des Ausrottungsfeldzugs gegen das kurdische Volk benutzt wird, welches durch die von den Imperialisten gelieferten Waffen, das Giftgas usw. massakriert wird. - Und zur "Überwachung" dieses mörderischen Friedens wurden natürlich auch wieder österreichische "Blauhelme" entsandt, nachdem sich vorher schon "unser Mann in Bagdad" von der verheerenden Wirksamkeit österreichischer Kanonen und Munition überzeugen konnte (siehe "Die Presse", 6.6.88).

Lassen wir es zunächst bei diesen Beispielen bewenden. Auch im Falle der Teilnahme österreichischer Soldaten an der "Überwachung" des Abzugs von Truppeneinheiten der russischen Sozialimperialisten aus Afghanistan, an der "Kontrolle" der Durchführung des "Namibiaplan" der UNO usw. bestätigt sich stets dasselbe:

Österreichische Soldaten und Polizisten werden aufgrund der Päckeleien und Komplote der imperialistischen Mächte in andere Länder geschickt zur Unterdrückung nationaler und sozialer Befreiung, zur Sicherung imperialistischer Herrschaftsansprüche und Einflußsphären, um neokoloniale "Lösungen" aufzuzwingen und Aggressionen und Annexionen gegen die Völker festzuschreiben.

HINTER DER ENTSENDUNG ÖSTERREICHISCHER SOLDATEN IN ANDERE LÄNDER STEHEN HANDFESTE EIGENE IMPERIALISTISCHE INTERESSEN

Die Teilnahme an all diesen imperialistischen Verbrechen zeigt hinreichend, daß die österreichischen Truppen in anderen Ländern ebenso wenig eine "neutrale" Rolle spielen wie im eigenen Land, wo sie die Funktion der militärischen Hauptsäule der Diktatur des Kapitals haben.

Die Teilnahme an UNO-"Friedensmissionen" dient zur Festigung und Ausdehnung der "internationalen Position" der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs. Österreichische Soldaten werden "aus guten außenpolitischen Gründen" zu Verfügung gestellt, betonte z.B. der "Kurier"-Redakteur Rau anlässlich der Diskussion über die Zweckmäßigkeit österreichischer "Blauhelme" auf Zypern im Mai dieses Jahres ("Kurier", 25.5.88). Diese "guten Gründe" sind die Interessen der Profitmaximierung des Finanzkapitals.

Dies gilt speziell, wenn auch nicht ausschließlich, für den Raum des östlichen Mittelmeers und die arabischen Staaten. Ex-Außenminister Lanc schrieb z.B. Anfang dieses Jahres, daß nur gut sei, daß Österreich "in der ganzen arabischen Welt politisch multi- und bilateral präsent" sei, denn "das hat Österreich in diesem Raum ein politisches Ansehen - und wirtschaftliche Vorteile -

PROFIT-HYÄNEN !

"Grüße aus Österreich" nennen die Bewohner der irakischen Stadt Basra den todbringenden Geschöshagel iranischer Artillerie auf die Stadt. Denn es handelt sich um Geschosse aus der in Liezen/Steiermark hergestellten Haubitze GHN 45, die eine Reichweite von zirka 46 km hat. Tatsächlich wurde diese Kanone von Österreich an beide kriegführenden Staaten geliefert. Jahrelang mordeten auf der Seite des Iran und auf der Seite des Irak österreichische Waffen mit und machte das österreichische Finanzkapital riesige Profite mit dem Gemetzel des Golfkriegs. Noch letztes Jahr bemerkte ein Kommentator der Zeitung "Die Presse", die österreichische Waffenindustrie könnte noch einiges mehr profitieren, "falls der Golfkrieg noch eine Weile dauert" ("Die Presse", 18.9.87, vgl. ausführlich dazu: RF 230, S.14/15).

Doch auch wenn der Golfkrieg eine Atempause bekommen und ein Waffenstillstand herbeigeführt werden sollte, winken den österreichischen Finanzkapitalisten hohe Profite. Denn was gerade auch mit österreichischen Kanonen vorher in Schutt und Asche gelegt wurde, soll nun vornehmlich auch wieder durch österreichische Firmen wiederaufgebaut werden - die Stadt Basra z.B.

Ob Krieg, ob Frieden - das Kapital kennt nur eine "Moral": die Maxime der Profitmaximierung unter allen Umständen! - Die nachfolgend faksimilierten Passagen aus der "Kronenzeitung" vom 17.8.88 zeigen, daß die Herrschenden das österreichische Image der "Neutralität" genau zu diesem Zweck ausnutzen, um Konkurrenzvorteile herauszuschlagen.

Iran, Irak wollen mit Wirtschaftswunder Kriegsfolgen beseitigen

Auftragsboom für heimische Firmen durch Wiederaufbau in Golfstaaten

Wien.- Kaum ist der Golfkrieg beendet, zeichnet sich sowohl im Iran als auch im Irak ein "Wirtschaftswunder" ab: viele Milliarden Dollar sollen jetzt in den Wiederaufbau der zerstörten Regionen gepumpt werden. Österreichische Firmen haben beste Chancen, bei dem zu erwartenden Auftragsboom ein großes Stück vom Kuchen abzuschneiden.

Welche Mittel in beiden Staaten für Wiederaufbau und Modernisierung locker gemacht werden, zeigt das Beispiel der irakischen Hafenstadt Basra. In der Stadt, die vor dem acht Jahre dauernden Krieg eine Million Einwohner zählte, sind neunzig Prozent der Häuser zerstört oder beschädigt. Mit umgerechnet vierzig Milliarden Schilling allein für Basra sollen nun die Kriegsfolgen beseitigt werden.

Daß gerade österreichische Firmen mit offenen Händen empfangen werden, liegt an den auch während des Krieges ungebrochenen Handelsbeziehungen. Sowohl die iranische als auch die irakische Seite loben die neutrale Haltung Österreichs, die Außenhandelsstellen arbeiteten in all den Jahren uneingeschränkt im Unterschied zu Vertretungen einer Reihe anderer westlicher Länder.

gebracht", was Lanc vor allem als Verdienst der Kreisky-Regierungen ansieht (siehe "MOZ", Jänner 1988). Viele österreichische Firmen sind auf "Baustellen in Krisengebieten" tätig (vgl. "Kurier",

6.1.1985). Österreichische Techniker wurden z.Bsp. von kurdischen Peshmerga festgenommen, doch aufgrund des "hohen Ansehens" Österreichs wieder freigelassen. Die Rolle als "neutrale UNO-Truppen-Macht" tut da natürlich gute Dienste.

Vor ein paar Jahren erklärte der syrische Informationsminister zur Rolle der österreichischen Soldaten auf dem Golan und anderswo: "Die guten, schaffenden Leute in Österreich haben sich nie Gedanken gemacht, irgendwelche Teile der Welt zu okkupieren." (Oberösterreichische Nachrichten, 14.6.1984) Dieser Persilschein ist schon historisch falsch, weil Österreich vor und während des 1. Weltkrieg riesige Gebiete okkupiert hatte und das Habsburgerreich ein Völkergefängnis war. Auch im 2. Weltkrieg haben Österreicher an der Seite Hitlerdeutschlands an der Okkupation und Versklavung anderer Völker teilgenommen. Und nicht zuletzt: Die "schaffenden" Leute in Österreich und die hier ansaffenden, die hier Herrschenden, sind ganz und garnicht dasselbe! - Eine solche Erklärung verwundert allerdings nicht von einem Vertreter jener syrischen Regierung, die den Nazi-Massenmörder Brunner zu ihren "Beratern" zählt. Hier geht es uns aber vor allem um folgendes: Auch ohne formelle territoriale Ansprüche auf die Gebiete zu erheben, wo sie stationiert sind, spielen Österreichs Soldaten in anderen Ländern dort dennoch faktisch die Rolle von Okkupationstruppen, weil sie dafür sorgen sollen, daß diese Gebiete vom Imperialismus "besetzt", d.h. unter seiner Herrschaft bleiben.

Im übrigen lassen sich imperialistische Interessen nicht nur durch territoriale Erwerbungen wahrnehmen, sondern auch durch finanzielle (vgl. dazu Lenin, "Der Schutz der Neutralität", Werke Bd.23, S.272). Österreichische Truppen stehen in Ländern wie Irak, Iran, Syrien usw. vor dem Hintergrund der imperialistischen Abhängigkeit dieser Staaten. Nach Angaben von Nationalbankdirektor Kienzl ist der Irak z.B. mit 6,4 Mrd. S das gegenüber Österreich am zweithöchsten verschuldete "Entwicklungsland" (vgl. EPN-Nachrichten 4/88, S.47).

Der imperialistischen Funktion der österreichischen Truppen in anderen

Ländern entspricht auch die innere Verfassung und Mentalität dieser Einheiten. Junge Österreicher melden sich nicht aus "idealistischen" Gründen zum Dienst bei den "Blauhelmen", sondern um das schnelle Geld zu machen. Immerhin verdient ein Hauptmann mit 35.000 S netto 200 Prozent von dem, was er in Österreich bekommen würde. Unter den Freiwilligen sind nicht selten "charakterliche Wracks", muß ein Offizier zugeben (vgl. Oberösterreichische Nachrichten, 14.6.1984), doch das alles macht nichts und ist im Grunde eine Voraussetzung für die schmutzigen Dienste, welche die Truppen dort zu erfüllen haben: Leute, denen es im Grunde egal ist, für welche Interessen sie die Waffe in die Hand nehmen, die "alles" fürs Geld machen, sind das geeignete Material für imperialistische Söldnerheere. Alkoholismus, "Bars mit asiatischen Mädchen" (vgl. ebenda) sind bei den österreichischen Soldaten dort ebenso unvermeidliche Begleiterscheinungen des Alltags wie sie es bei den amerikanischen Soldaten in Vietnam oder auf den Philippinen waren und sind.

DIE ENTSENDUNG ÖSTERREICHISCHER SOLDATEN IN ANDERE LÄNDER RICHTET SICH AUCH GEGEN DIE INTERESSEN DES PROLETARIATS IM EIGENEN LAND

Die Herrschenden betreiben viel Propaganda, um weiszumachen, daß österreichische Soldaten in anderen Ländern "uns allen" nützen würden. Aber für das werktätige Volk Österreichs ist dies kein Vorteil, ganz im Gegenteil. Hier gilt das bekannte Wort von Marx, daß ein Volk, das andere Völker unterdrückt, selbst nicht frei sein kann. Die imperialistischen Machinationen der österreichischen Bourgeoisie, andere Völker in Abhängigkeit und Kontrolle zu halten, sie auszuplündern und zu unterjochen, nützen n i e m a l s den österreichischen Arbeiterinnen und Arbeitern und anderen Werktätigen, sondern lediglich ihren eigenen Blutsaugern, stärken diese, festigen deren Herrschaft, erweitern deren Möglichkeiten - erschweren also den Kampf der arbeitenden Menschen hierzulande für ihre Rechte und ihre soziale Befreiung.

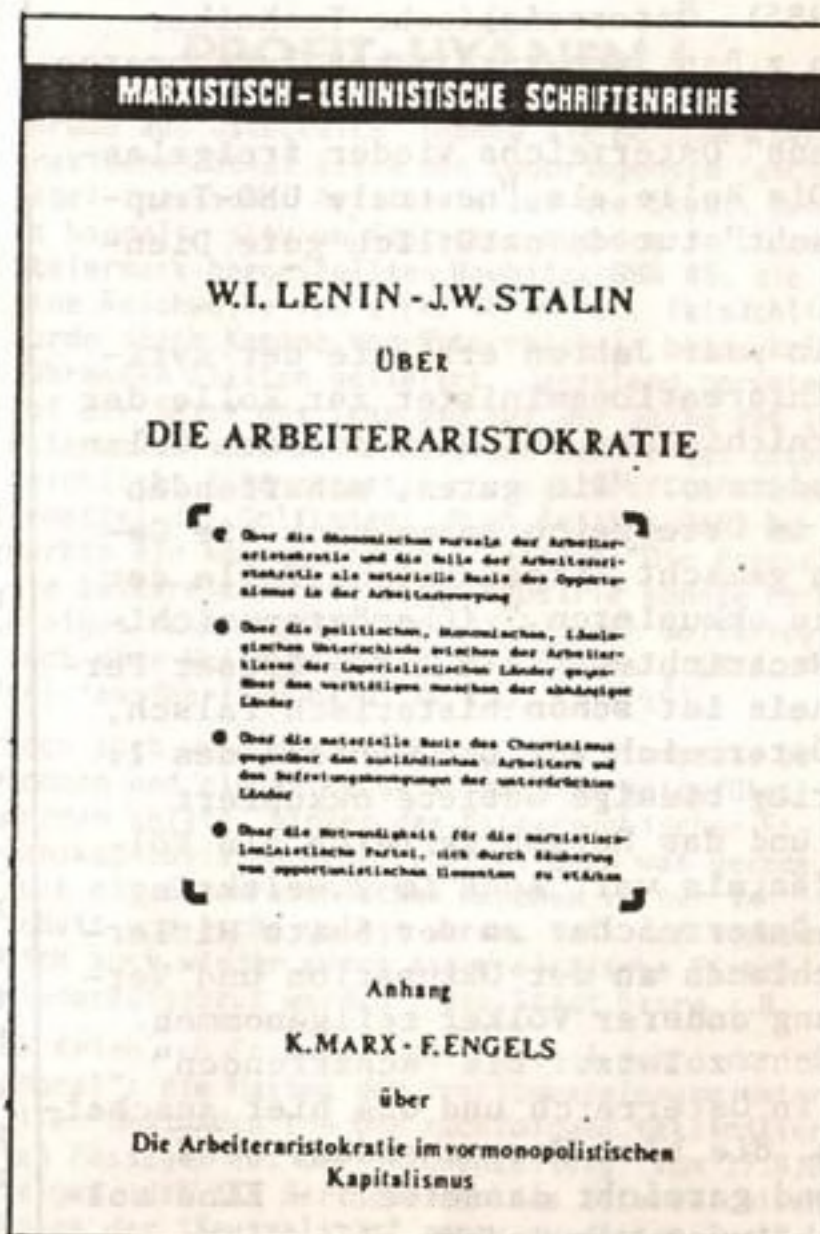
Diese imperialistischen und neokolonialistischen Aktivitäten vergrößern insbesondere auch die Möglichkeiten der österreichischen Reaktion, einen Teil der Werktätigen zu korrumpieren und so zu ihren Bütteln zu machen. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang z.B. die Tatsache, daß die Zahl junger Menschen, die sich für Einsätze in anderen Ländern ködern lassen, im Zusammenhang mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit seit Beginn der Achtzigerjahre stark angestiegen ist. 1984 standen schon 8.731 auf der Warteliste (Oberösterreichische Nachrichten, 13.6.1984).*

Hier zeigt sich auch sehr direkt der Zusammenhang der konterrevolutionären Interessen nach innen und außen: Die Soldaten, die heute dazu verwendet werden, um die Befreiungskämpfe anderer Völker niederzuhalten und blind auf jede reaktionäre Verwendung gedrillt werden, werden möglicherweise schon morgen als ein entscheidendes Reservoir für die Niederschlagung von Arbeiterkämpfen hierzulande eingesetzt werden.

Soldaten des österreichischen Bundesheeres haben in anderen Ländern nichts zu suchen – egal, ob dort Krieg, Waffenstillstand oder Frieden herrscht, egal unter welchem Titel und mit welchen Uniformen man sie dorthin schickt.

Das erklären wir ausdrücklich auch gegen jene Pseudo-Linken etwa der "Arge für das freie Nicaragua", die tatsäch-

* Die wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten des österreichischen Finanzkapitals in anderen Ländern, vor allem in abhängigen Ländern, sind auch in folgender Hinsicht eine Existenzgrundlage einer durch Extraprofite bestochenen Arbeiteraristokratie: Tausende heimischer Facharbeitskräfte, Ingenieure, Techniker usw. arbeiten auf Auslandsbaustellen, wo sie oft ein Vielfaches von dem verdienen, was sie zuhause bekämen. 1985 z.B. verdiente ein Facharbeiter auf einer Kraftwerksbaustelle der verstaatlichten Simmering-Graz-Pauker AG (SGP) in Algerien rund 50.000 S im Monat. Die enorme Privilegierung gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern der Einsatzländer ist fruchtbare Grundlage für chauvinistische Überheblichkeit, Rassismus und auch für die völlige Entfremdung von den untersten Schichten des Proletariats in Österreich selbst. (SGP-Gehaltsangabe aus: "Kurier", 6.1.1985).



115 Seiten

S 20,-

lich begeistert den "Vorschlag" des SP-Ex-Außenministers Jankowitsch aufgegriffen haben, Österreich möge mit einem "Friedenskontingent" zum Frieden in Mittelamerika beitragen. Diese Leute erweisen sich so als Propagandisten des österreichischen Imperialismus, der – ebenso wie der westdeutsche, französische, russische usw. Imperialismus – in diesem Gebiet unter dem Schleier der "Völkerfreundschaft" den eigenen neokolonialen Einfluß verstärken will, u.a. auch dadurch, daß die Truppenpräsenz dort nicht allein den USA-Imperialisten überlassen bleiben soll.

Schleunigster und bedingungsloser A b z u g aller österreichischen Soldaten, Polizisten und Gendarmen, militärischen und zivilen "Berater" aus den Ländern, in die sie nur entsandt wurden, um Interessen zu dienen, die in keinem Fall jene der dortigen Völker und jene des österreichischen werktätigen Volkes selbst sind!

Unsere LESER haben das Wort:

Zu einer Kritik an der MLPÖ betreffend:

BEKÄMPFUNG DES ÖSTERREICHISCHEN MILITÄRISCHEN EXPANSIONISMUS

Vor einiger Zeit erhielten wir eine Kritik, daß die MLPÖ den österreichischen militärischen Expansionismus nicht genügend anprangere und bekämpfe. Darin heißt es:

"Es ist mir bekannt, daß die MLPÖ immer wieder Waffenverkäufe der österreichischen Imperialisten bekämpft (z.B. an Iran, Irak, Marokko, Südafrika, Tunesien usw.).

Der österreichische Imperialismus hat derzeit keine fremden Gebiete einverleibt oder ähnliches. Aber:

- Der österreichische Imperialismus erhebt immer wieder territoriale Ansprüche auf fremde Gebiete (siehe die ganze Südtirol-Politik oder was hinter der Wien-Budapest-Ausstellung steht, die Beschwörung der "gemeinsamen Geschichte" usw.).

- Der österreichische Imperialismus unterhält seit Jahren unter dem Deckmantel der UNO eigene Truppen auf fremdem Boden (Zypern, Syrien...). Er hat die Bevölkerung hier so daran gewöhnen können, daß es eine Rarität ist, wenn sich eine Stimme dagegen erhebt. Österreichische Politiker können für die Entsendung von österreichischen Soldaten nach Afghanistan werben, ohne daß sich eine Welle der Empörung dagegen erhebt. In Nicaragua-"Solidaritätskreisen" haben sich sogar mir nichts, dir nichts Stimmen erheben können, welche die österreichische Regierung aufgerufen haben, Truppen nach Zentralamerika zu schicken, um die Durchführung des "Arias-Plans" zu überwachen!...

Ich weiß, daß ihr nicht über viele Kräfte verfügt. Aber auch wenn es viel wichtigeres zu tun gibt, finde ich dennoch, daß diese beiden Aspekte des österreichischen Imperialismus von euch viel zu wenig bekämpft werden. Ich bin bereit, euch auf diesem Gebiet zu helfen, soweit es meine eigenen Kräfte mir ermöglichen."

Zunächst muß festgestellt werden, daß die MLPÖ nicht nur immer wieder österreichische Waffenlieferungen an alle möglichen reaktionären und faschistischen Regimes angeprangert hat, sondern im Laufe der Zeit wiederholt auch zur Südtirolfrage und zur Entsendung österreichischer Soldaten in andere Länder Stellung genommen hat. Dennoch hat der kritisierende Freund insofern recht, daß speziell zur Frage Südtirols schon längst ein Artikel und verstärkte Propaganda nötig wäre. Das gilt auch für andere Aspekte der österreichischen Außenpolitik, wie z.B. die verstärkte ökonomische und politische Infiltration in die revisionistisch-kapitalistischen Länder, die keineswegs zufälligen Verherrlichungen des Habsburger-Imperialismus usw.

Tatsächlich ist es ja so, daß die MLPÖ nicht nur auf diesen, sondern auch auf einer Reihe weiterer Gebiete viel zu wenig macht. Doch wir können hierzu nur sagen, was auch Lenin seinerzeit auf den Vorwurf an die Adresse der "Iskra" antwortete, sie bringe zuwenig Meldungen über die Arbeitslosigkeit, über das Leben im Dorf usw. Lenin bemerkte dazu: Der Vorwurf ist berechtigt, aber die "Iskra" ist hier "ohne Schuld schuldig", weil einfach nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da sind, welche darüber berichten. Und er nimmt den Vorwurf zum Anlaß, jede und jeden zur Mitarbeit, zur Unterstützung zu ermutigen, um die Lücken in der Arbeit schließen zu können. (Vgl. Lenin "Was tun?", Werke Bd.5, S.525).

Genau das ist der springende Punkt: Wer glaubt, sich der Partei nur anschließen zu können, wenn diese fein-säuberlich bereits alle Aufgaben und Funktionen einer vollentwickelten kommunistischen Partei zu erfüllen vermag, verwechselt den Parteaufbau mit einem Kinosaal, in dem man sich eine Eintrittskarte löst, um ein möglichst gutes Programm vorgeführt zu bekommen. Es kommt darauf an, selbst mit Hand anzulegen, sich als "Maurer" zu betätigen beim Aufbau einer starken marxistisch-leninistischen Partei Österreichs. Und da freut es uns, daß der Freund seine Kritik einmünden läßt in die erklärte Bereitschaft, die Arbeit auf diesen Gebieten voranzubringen.

VOM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF

POLIZEISTAATSPRAKTIKEN UND MILITARISIERUNG AM

BEISPIEL DER ANTI-ABFANGJÄGER-DEMONSTRATION IN GRAZ

Für den Fall der Draken-Stationierung war schon lange eine Demonstration geplant worden. Diese fand schließlich am 12. Juni 1988 statt, wenige Tage nach dem Eintreffen der ersten Militärflugzeuge.

Behördenvertreter hatten schon zuvor verkündet, daß es eine zweite Hainburger Au nicht geben dürfe. D.h. es wurden großangelegte Maßnahmen getroffen, um eine Besetzung des Flugplatzes zu verhindern.

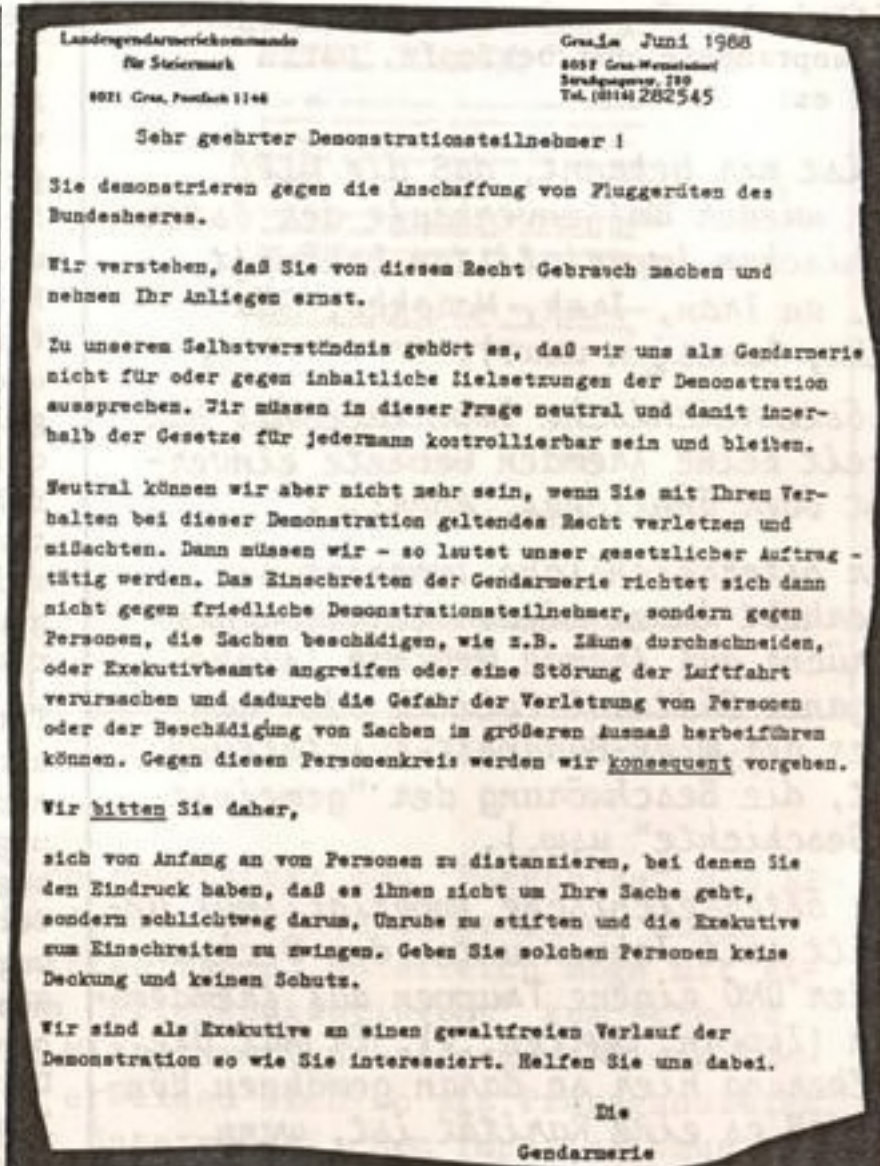
Schon vor der Demonstration wurde von der Behörde am Grazer Thalerhof eine Notstandsverordnung aus dem Jahr 1929 eingesetzt, um ein Widerstandscamp am Rande des Flugplatzes niederzureißen.

Sämtliche Vorbereitungstreffen zur Demonstration wurden genauestens observiert, Buskennzeichen von Wien und anderswo nach Graz durchgegeben. Es wurde versucht, Busse mit "verdächtigen" Leuten nicht zur Demonstration gelangen bzw. die Leute nicht aussteigen zu lassen.

Die Demonstration war nur mit allen möglichen "Auflagen" genehmigt worden. Luftballons z.B. sollten über weite Strecken nur 1 Meter über der Erde gehalten werden! Ein riesiges Polizei- und Cobra-Aufgebot war zusammengezogen worden. Ständig kreiste ein Hubschrauber über der Demonstration.

Die Gendarmerie verteilte ein Flugblatt, das wir nebenstehend faksimilieren. Darin wird demagogisch verkündet, daß die Gendarmerie sich "neutral" verhalte, es sei denn, sie müsse gegen Personen vorgehen, die lediglich "Unruhe stiften" wollten. In Wirklichkeit ist die Polizei und Gendarmerie auch im Falle der Draken-Stationierung selbstverständlich nicht "neutral", sondern besteht ihr Auftrag darin, die Stationierung der Militärflugzeuge gegen jeden effektiven Widerstand abzusichern.

Diesem Zweck dient auch die Gendarmerie-Aufforderung, sich "von Anfang an von Personen zu distanzieren, bei denen Sie den Eindruck haben, daß es ihnen nicht um Ihre Sache geht". Ein solcher Aufruf zur Denunzierung erreicht sein Ziel allerdings nur dann, wenn er sich auf Kräfte innerhalb der Demonstration, vor allem an ihrer Führung, stützen kann. Und tatsächlich haben die reformistisch-revisionistischen Kräfte da voll mitgespielt, welche am 12.6. klar das Heft in der Hand hielten. Lautsprecher, Megafone, "Ordner", der ganze Apparat



wurde - von seichten und abwieglerischen Reden abgesehen - dafür verwendet, die polizeilichen Wünsche weiterzuleiten, was zu einer weitgehenden Demoralisierung der Demonstration führte.

Fazit: Die Exekutive hat in Graz vorgeführt, was sie aus Hainburg, Wackersdorf usw. "gelernt" hat. Es kommt für die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte darauf an, ihrerseits die Lehren aus den gemachten Erfahrungen zu ziehen, um trotz verschärfter Repressionen den Kampf verstärken zu können. Vor allem hat sich wieder einmal gezeigt, daß eine pazifistisch-reformistische Führung entscheidendes Hindernis ist für wirklichen antimilitaristischen - und jeden anderen - Kampf.

Die Demonstration war Anschauungsunterricht für das marxistisch-leninistische Prinzip, daß der Kampf gegen den Opportunismus die Vorbedingung des Kampfes gegen den Imperialismus ist, daß eine wirklich revolutionäre Führung notwendig ist und erkämpft werden muß.

P. 2. 2. / Erscheinungsort Wien / Verlagsort Wien 1180

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Juni 1988

Flugblatt, das am 12.6.
in Graz verteilt wurde

GEGEN VERBOTE, EINSCHÜCHTERUNGSVERSUCHE UND ABWIEGELEI:

Führen wir den konsequenten Kampf gegen Abfangjäger und Militarismus!

Oberfallsartig und klammheimlich hat die Regierung begonnen, die ersten Draken einzufliegen. Lichals Kalikül war dabei: Sind die Dinger erst einmal da, so werden sich die Gegner schon mit den vollendeten Tatsachen abfinden...

Hinter dieser Oberrumpeltaktik steckt die berechnete Angst vor dem Widerstand der Bevölkerung. Doch weil das Kommando des Kriegsministers "Schluß mit der Debatte!" offensichtlich nicht befolgt wird, wurde gleich eine noch schärfere Gangart eingelegt: Verbot von Protesten an Ort und Stelle, Verbot des Friedenscamps und aller Widerstandsformen, die den Flugbetrieb der Kriegsflugzeuge beeinträchtigen könnten.

WARUM SIND DIE HERRSCHAFTEN SO NERVÖS? Warum drohen hohe Militärs schon seit Monaten sogar mit Schußwaffengebrauch gegen militante Antimilitaristen?

Lichal selbst hat betont, daß es hier nicht um die Hainburger Au geht, sondern um den für diesen Staat so hochsensiblen Militärbereich - und da lassen die Machthaber absolut nicht mit sich spaßen.

Der Grund dafür liegt in der zentralen Bedeutung der Armee für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Denn wenn alles versagt, wenn parlamentarisches Geschwätz, Verdummung durch Medien, Schule und Kirche nicht mehr greifen, wenn Polizei, Gendarmerie und Klassenjustiz nicht mehr ausreichen, um die Ausgebeuteten und Unterdrückten niederzuhalten, so muß als letztes und stärkstes Gewaltmittel die Armee her. So war es im Februar 1934 und so ist es heute noch genauso. Die Armee ist die Hauptkomponente des bürgerlichen Klassenstaats. Im § 2 des Wehrgesetzes wird auch ausdrücklich die "Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Inneren" zu einer der zentralen Aufgaben des Bundesheeres erklärt. So haben die Kanonen und MGs des Bundesheeres zugegebenermaßen gerade auch den "inneren Feind" im Fadenkreuz, sprich die Arbeiterklasse. Z.B. trainieren "Objektschutztruppen" des Bundesheeres die Niederschlagung von Arbeiterkämpfen und Antikriegsdemonstrationen.

"Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen bildet er eine 'Lebenserscheinung' des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen ('Militarismus nach außen...'), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats ('Militarismus nach innen')."
LENIN, LW 15, S.187

Allzu oft wird übersehen, daß die Militarisierung auch im "kleinen" und "neutralen" Österreich zugleich eine entscheidende außenpolitische Funktion hat. Bei den Schlächtereien im Golfkrieg morden österreichische Haubitzen und Granaten auf beiden Seiten mit. In Palästina geht die israelische Armee mit Giftgas aus Österreich gegen die kämpfenden Volksmassen vor. Österreichische "Kürassier"-Panzerrollen in Bolivien, Marokko, Argentinien und anderswo, um die aufbegehrende Bevölkerung in Schach zu halten und blutig niederzuwerfen - insbesondere auch zur Sicherung der profitablen Kapitalexperte und anderen Ausbeutungsmaschinenten des österreichischen Finanzkapitals.

Tatsächlich ist auch die österreichische Armee selbst im internationalen Zusammenhang keineswegs so lächerlich und harmlos, wie es manche darstellen oder denken. Immerhin sind seit 1955 mehr als 25.000 österreichische Soldaten an verschiedenen Brennpunkten der Welt zum Einsatz gebracht worden. Die "Mission" der österreichischen "Blauhelme" dort ist die konterrevolutionäre "Friedenssicherung" des zeitweiligen Status quo der imperialistischen Kräfteverhältnisse und die Absicherung reaktionärer Aggressionen gegen den nationalen und sozialen Befreiungskampf der Völker. Die österreichischen Imperialisten reißen sich förmlich darum, ihre Soldaten und Offiziere auf die Sinai-Halbinsel, den Golan, nach Zypern, Iran, Irak und jetzt auch nach Afghanistan zu schicken, weil sie sich davon handfeste politische und ökonomische Vorteile für ihre weltweiten Profitinteressen ausrechnen. Darüber hinaus erhalten dadurch zahlreiche Offiziere und tausende Soldaten eine praktische Schulung unter kriegsmäßigen Bedingungen. Der jetzige Armeekommandant Philipp z.B. hat sich jahrelang als oberster UN-Truppen-Befehlshaber in Syrien "bewährt".

Manche lachen leichtfertig schon bei dem Gedanken an die Möglichkeit einer direkten außenpolitischen Aggression des österreichischen Bundesheeres. Es ist aber wirklich nicht lustig, was österreichische Soldaten